

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Würdige Arme.

Weihnachten naht heran und überall liest man Aufrufe zur Unterstützung „würdiger Armen“. Meist befinden sich unter diesen Aufrufen die Namen einiger Geistlichen.

Nun wäre dagegen an sich gewiß nichts einzuwenden, da die Geistlichen ebenso berufen sind wie andere Leute, den Kindern der Armen und den Armen selbst eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Jedoch bei näherer Untersuchung ist diese Erscheinung nicht so ganz unverständlich, besonders deshalb nicht, weil die Geistlichen in den verschiedenen Unterstützungscomitees die gewichtigste Stimme haben bei der Frage: „Wer ist würdig“, unterstützt zu werden?

Und diese Frage wird meist zu Gunsten der Kirchengänger entschieden. Das wissen nun die „würdigen“ Armen recht gut und deshalb, um unterstützt zu werden, gehen sie fleißig in die Kirche.

Da ist aber z. B. eine Arbeiterin, sie hat Unglück gehabt, der Mann, der ihr die Ehe versprochen, ist davongelaufen, sie müht sich für ihr kleines Kind Tag ein, Tag aus redlich ab. Sie liebt das Kind über Alles, sie darbt, um das Kind zu beglücken, ihre Mutterliebe ist schön, sie ist groß. Aber der christliche Pastor, der „Menschenbrot“, erklärt die Kernste für ein räubiges Schaf, nicht „würdig“ der Unterstützung am Weihnachtsfest. Sie ist ja auch nicht einmal regelmäßig zur Kirche gegangen, nun — weil sie des Sonntags oft arbeiten mußte und ihr geliebtes Kind nicht gern unter fremder Obhut zurücklassen wollte.

Oder aber, eine Arbeiterfamilie ist in Noth gerathen durch Arbeitslosigkeit und Krankheit. Mann und Frau haben genug zu thun, um den äußersten Hunger von sich und ihren Kindern fern zu halten, an eine Weihnachtsgabe ist nicht zu denken. Die Familie steht sonst in gutem Rufe, aber der Mann besucht die Kirche nicht, auch munkelt man davon, daß er bei den letzten Wahlen einem Sozial-Demokraten seine Stimme gegeben hat. Sonst haftet nicht der geringste Makel an ihm — doch das ist genug: die Familie ist nicht würdig, eine Weihnachtsunterstützung zu erhalten.

Das ist ein trotziger Mann, etwas finster und abgeschossen; er hat in seiner Jugend einen Widersacher erschlagen aus wilder Eifersucht. Gebüht hat er seine That durch zehnjährigen Aufenthalt im Zuchthaus übergenug. Die Leute haben ihn nach seiner Entlassung zurückgewiesen, nur sein armes, altes Mütterchen nicht. Mit großer Mühe gelingt es ihm, wenigstens so viel Arbeit zu erlangen, um sich und das Mütterchen zu ernähren. Die Arbeit ist rauh und wenig lohnend, die man ihm giebt, weil kein anderer sie machen will. Sein Mütterchen ist krank geworden, der

Lohn reicht nicht mehr aus, Weihnachten naht — hier hätte der Unterstützungsverein etwas zu thun, seine Pflicht wäre es, wenn er dem alten Mütterchen eine Weihnachtsfreude bereiten würde. Aber nein, das sind keine „würdigen Armen“, da der Sohn im Zuchthaus gefessen hat. An das Gleichniß vom verlorenen Sohn, eines der schönsten in den biblischen Geschichten, denkt die heutige christliche Gesellschaft nicht, es paßt ihr auch gar nicht einmal.

Ein anderes Bild! Eine Wittve, deren einzige Arbeit das Klatschen ist, bei dem bekanntlich Lüge und Verleumdung zu Gewatter stehen, geht jeden Sonntag in die Kirche, sie betet immer gar inbrünstig und verschlingt den Herrn Pastor mit ihren Augen. Sie ist augenscheinlich das frommste Schaf der ganzen pastoralen Herde. „Sie säet nicht, sie erntet nicht und unser himmlischer Vater ernähret sie doch.“ Denn sie ist — fromm“. Sie spricht gut vom Pastor und der Frau Pastorin, sie lobt die Frau Kommerzienrätin, die Vorsteherin verschiedener Unterstützungsvereine, als die liebenswürdigste, sanftmüthigste Frau, trotzdem ihr von derselben schon mehrfach ihrer Aufdringlichkeit wegen die Thüre gezeigt worden ist. Sie tabelt überall die „Gottlosen“ im Lande, schimpft auf Demokraten und Sozialisten, obgleich sie nicht weiß, was das für Leute sind. Kurzum, sie ist eine Heuchlerin durch und durch, und ihre Zunge ist so giftig und spitz, daß, wenn dieselbe in eine Distel verwandelt würde, nicht einmal ein Esel sie fressen könnte.

Sie lebt bloß von den Unterstützungsvereinen. Wenngleich die Vorsteher und Vorsteherinnen durchaus nicht mit der Person einverstanden sind, wenngleich in allen Unterstützungsvereinen ihre Abreise aus dem Orte oder ihr Verdruß überhaupt einen Freudenstreich hervorzurufen würde, so ist sie doch einmal durch ihre „Frommigkeit“ eine würdige Arme geworden, die man nicht mehr abschütteln kann, ohne großen Skandal zu erregen, und so bleibt die Alte bis zu ihrem Tode auch ein „würdiger“ Inventar sämtlicher Unterstützungsvereine am Orte.

Daß es auch ähnliche „würdige Arme“ unter dem männlichen Geschlecht giebt, ist ebenso wahr. Wir brauchen also unsere Schilderung nicht zu wiederholen. Die männlichen Exemplare sind übrigens meistens nicht ganz so gefährlich, weil man mit ihnen weniger Federlesens macht und sie leichter abschüttelt.

Und so, wie die „würdigen Armen“ vielfach die unwürdigsten sind, so sind auch die „verschämten“ Armen sehr häufig die unverschämtesten.

Ein allgemeiner Kunstkniff der „verschämten“ Armen ist der, daß sie bekannten Personen unter dem Siegel der Verschwiegenheit in den glühendsten Farben,

meist schriftlich, ihr Elend schildern und bitten, wenn der „hochverehrte Herr“ auch selbst nicht in der Lage sei, Hilfe zu schaffen, er doch bei seinen Bekannten sie und ihr Elend empfehlen möchte.

Auf diese Weise gelangen dann auch die „verschämten“ Armen an die Unterstützungsvereine, von denen sie dann bald zu „würdigen Armen“ ernannt werden.

Wir sind wahrlich nicht dagegen, wenn armen Familien eine Weihnachtsfreude bereitet wird; doch möge das nicht auf dem Wege der unter der Herrschaft frömmelnder und reaktionärer Elemente stehenden Vereine geschehen, da dort meist der unwürdige dem würdigen Armen, wenn auch nicht immer mit vollem Bewußtsein vorgezogen wird. Möge Jeder selbst dafür sorgen, der ein Scherflein geben kann und will, daß es auch an den richtigen Ort gelangt.

Die beste Unterstützung aber für alle Armen wird immer die sein, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Quellen des Elends und der Armuth mehr und mehr zu verstopfen, und das geschieht durch eine volksthümliche Sozialreform und durch wirksamen Arbeiterschutz.

Politische Uebersicht.

Nationalliberale Blätter erklären, wahrscheinlich aus gemeinsamer Quelle, mit der größten Unvorsichtigkeit, daß der Deutsche Reichstag auf Veranlassung von Anträgen (Arbeiterschutzgesetz, Verbot der Kinderarbeit), welche nur einer einseitigen Parteipropaganda nutzen sollen, wohl keine Zeit verwenden dürfte und zwar das mit Recht, weil er diese Zeit mit anderen Arbeiten (wohl Steuer- und Zolländerungen?) nutzbringender für das deutsche Volk ausfüllen kann. — Immer neue Beweise für das „warme Herz“, welches diese Gesellschaft dem Arbeiter entgegen zu tragen vorgiebt. Doch dürfte der Reichstag in dieser Frage sich schwerlich seiner Pflicht entziehen können.

Zum sechsten Male ist der Fiskus abgewiesen. Nach einem uns aus Halberstadt zugegangenen Telegramm wurde der Fiskus mit seiner Klage gegen den Reichstagsabgeordneten Heine, wegen Herausgabe der erhaltenen Däten, kostenpflichtig abgewiesen.

Eine neue Klagenheftung hat auf der zu den Marschall-Inseln gehörenden Insel Joluit stattgefunden. Die Zeremonie wurde von dem deutschen Kanonenboot „Nautilus“ ausgeführt und sollen dadurch sämtliche zu dieser Gruppe gehörenden Inseln unter deutsches Protektorat gestellt worden sein. Diese Inselgruppe liegt im Stillen Ocean und besteht aus etwa 20 bis 25 theils größeren, theils kleineren Laguneninseln, die sich sämtlich nur wenige Fuß über den Meeresspiegel erheben; sie erstreckt sich von 4° bis 13° N. und von 161° bis 173° östlicher Länge. Sie zerfällt in zwei getrennte Hauptgruppen,

Ihnen nicht, ich warne Sie nur. Und Sie werden wohl thun, wenn Sie die Warnung beherzigen, und noch einmal gebe ich Ihnen den Rath, die Verlobung zu lösen.

Frau Siebel suchte die Achseln, der Gutsbesitzer wollte sich schon der Thüre nähern, hastig vertrat sie ihm den Weg.

„Wo sind die Papiere Halm's?“ fragte sie.

„Die Papiere?“ wiederholte Rabe betroffen.

„So sagte ich“, nickte die alte Frau. „Haben Sie nicht daran gedacht? Halm hat von drüben jedenfalls Papiere mitgebracht, und unter diesen könnten sich Notizen befinden, die möglicherweise ohne sein Beständniß Alles enthüllen.“

Willibald Rabe hatte die Brauen hoch hinaufgezogen, er blickte die Frau eine Weile starr an, es war ungewisshast, an diese Möglichkeit hatte er noch nicht gedacht.

„Die Papiere sind wahrlich im Besitze des Untersuchungsrichters“, erwiderte er.

„Wenn das Gericht damals sein Gepäck konfisziert hat, dann allerdings, aber es wäre möglich, daß dies übersehen wurde.“

„Es ist gut, daß Sie mich darauf aufmerksam machen“, sagte der Gutsbesitzer, aus seinem Brüten erwachend, „ich werde mir Gewißheit darüber zu verschaffen suchen. Ueber die Pension rede ich mit meiner Schwester, seien Sie einverstanden ohne Sorgen.“

Er eilte hinaus, Frau Siebel folgte ihm mit der brennenden Kerze und leuchtete ihm die Treppe hinunter.

Unten im Korridor hörte er eine Thüre knarren, das feiste, glatt rasirte Gesicht des Antiquars sah ihn mit boshaftem Grinsen an. Er eilte vorbei, die Bemerkung, die ihm folgte, hörte er nicht, sie war nichts weniger als schmeichelhaft für ihn.

In Fieberhaft verließ er das Haus, die Besorgnisse der ehemaligen Wärterin ließen ihm keine Ruhe.

Er begriff nicht, daß er selbst nicht daran gedacht hatte, daß er so leichtfertig darüber hinweggegangen war; jetzt konnte es schon zu spät sein; wenn die Papiere sich bereits in den Händen des Gerichts befanden, so waren sie natürlich für ihn verloren.

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von Ewald August Adnig.

(Fortsetzung.)

„Das ist das Einzige und zugleich auch das Schierigste, was geschehen kann“, erwiderte Rabe. „Geld kann ich ihm nicht anbieten, er hat selbst Vermögen, sobald er frei ist, muß er nach Amerika zurückreisen.“

„Es war gegen die Bedingung, daß er wieder hierher kam.“

„Das habe ich ihm auch gesagt, aber Vorwürfe ändern jetzt nichts mehr.“

„Und ist es wahr, daß der General ein Testament hinterlassen hat?“ fragte Frau Siebel.

„Wer hat Ihnen das gesagt?“

„Ich habe es gehört.“

„Wahrheit ist es allerdings, aber es scheint, als wolle der Oberst von Studmann auf sein Erbe verzichten.“

„Und wenn er dies nicht thut?“

„Dann wird die Frau Generalin das Schloß verlassen.“

„Und meine Pension?“

„Um, darüber habe ich mit meiner Schwester noch nicht gesprochen. Sie wissen selbst, daß diese Pension unter uns Beiden vereinbart wurde, und daß meine Schwester damit keineswegs einverstanden war. Sie hat die Summe immer zu hoch gefunden.“

„So wäre mir jetzt wohl die Gefahr nahe, sie verlieren zu können?“ fragte die alte Frau erregt.

„Das will ich nicht behaupten.“

„Aber Sie wollen mir auch nicht für die Pension garantiren!“ versetzte Frau Siebel. „Wird sie verringert oder mir ganz entzogen, so nehme ich keine Rücksicht mehr, Herr Rabe.“

auch über alle Eventualitäten nachgedacht und für jeden möglichen Fall meine Pläne zurecht gelegt, um im geeigneten Augenblick nicht überrascht zu werden.“

Der glühende Blick Rabe's ruhte mit durchdringender Schärfe auf ihr, ein Zug unerschütterlicher Entschlossenheit umguckte seine Lippen.

„Und glauben Sie, ich habe das nicht gethan?“ fragte er.

„Ich zweifle daran nicht, aber ich werde mich auch zu schützen wissen. Dar der alte Gärtner Ihnen gefährlich geworden?“

Als ob eine Schlange ihn plötzlich gebissen habe, fuhr Rabe erschrocken zusammen, im nächsten Moment richtete er sich hoch auf, und seine Haltung war so drohend und herausfordernd, daß Frau Siebel unwillkürlich einen Schritt zurücktrat.

„Weshalb erinnern Sie mich an ihn?“ fragte er.

„Er war auf dem Gute der einzige Diener aus jener Zeit.“

„Und was weiter?“

„Man sagt, er habe sich das Leben genommen.“

„Das ist die Wahrheit. Der Mann war ein Trunkenbold, er sollte entlassen werden, Gründe genug, die zu solcher That verleiten können. Zweifeln Sie vielleicht daran?“

Frau Siebel schlug die Augen nieder, sie konnte diesen flammenden Blick nicht ertragen, der glühende Haß, der in ihm loderte, schien sie vernichten zu wollen.

„Ich habe keine Zweifel geäußert“, erwiderte sie, „ich fand es nur auffallend, daß der alte Mann sich selbst das Leben genommen haben soll.“

„So hätten Sie auch fernere sich, Zweifel zu äußern“, sagte Rabe in warnendem Tone, „die Folgen könnten auf Sie zurückfallen, in solchen Dingen verstehe ich keinen Scherz.“

„Sie wollen mir drohen“, erwiderte die alte Frau, „die jetzt ihre volle Fassung wieder gefunden hatte, ver-gessen Sie nicht, was ich Ihnen gesagt habe, verliere ich meine Pension, so —“

„Rebensarten!“ fiel Rabe ihr ins Wort. „Ich drohe

die östliche oder Katale Kette und die westliche oder Kalkette, zu welcher letzterer die wichtigste Insel Jallit gehört. Konsul Herrnsheim schreibt in dem Buch „Südpfeilererinnerungen 1875—1880“ die Jallitinsel, u. A. mit folgt: Die Lagune von Jallit oder Bonadam-Jallit ist 8 Seemeilen breit und ca. 20 Seemeilen lang; auf der sie umgebenden Korallenbank liegen 55 kleine Inseln, deren keine über 600 Yards breit ist. Nirgend erhebt sich der Boden mehr denn 10 Fuß über die Hochwasserlinie und würden diese Gegenden einmal von einer ähnlichen Fluthwelle heimgesucht, wie im Jahre 1878 der Golf von Mexiko und ein Teil der amerikanischen Küste, so bliebe wohl nichts als das nackte Korallenriff zurück. Die Vegetation ist eine recht arme und beschränkt sich, trotzdem der Regen nur selten mangelt und von März bis Oktober reichlich fällt, auf die Kokospalme, den Pandanus und den Brodfruchtbaum. Auf den nördlichen Inseln der Gruppe wird noch etwas Arrowroot gewonnen und der von Malakenen eingeführte Melonenbaum gedeiht gut, die Banane dagegen nur sehr kümmerlich. Klüßelndes oder Quellwasser fehlt gänzlich; man ist auf den Regen angewiesen, der in Gruben gesammelt wird, bei der porösen Beschaffenheit des Bodens jedoch bald bräunlich schmeckt. Einen großen Werth dürften die Inselchen wohl kaum haben, denn wäre das der Fall, so hätten sie sicher schon längst einen Herrn gefunden.

Der konservative und der sozialdemokratische Staat treffen sich in der Stärkung der Polizei behufs Ausschließung der freien politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung des Einzelnen — und die ideale Polizei des Herrn Kapfer würde bald dasselbe Aussehen haben, wie die des Herrn Staatsanwalts Hartmann — dies sagt bei Gelegenheit einer Besprechung der jüngsten Handlungsgehilfen-Versammlung in Berlin die „Freiwillige Zeitung“ resp. Herr Eugen Richter. Wegen wie's zu dem Uebri-gen mit der Bemerkung, daß der genannte Herr in sozialen Dingen noch immer nichts gelernt hat. Diefelbe Phrase gebrauchten Fortschrittblätter schon im Jahre 1864.

Ein sonderbares Verhältniß über soziale Fragen belundet das sächsische Ministerium des Innern. Dasselbe hat nämlich auf eine Anfrage der Chemnitzer Handelskammer geantwortet, es sei der Ansicht, daß die Gefängnisarbeit im Allgemeinen die freie Arbeit nicht schädigen. — Das wird am Ende selbst den regierungstreuen Büntnern in Sachsen zu arg sein und die Handwerker nach und nach zur Erkenntnis bringen.

Auch ein Zugeständnis. In der bereits von uns angeführten Schrift „Starke's: Verbrechen und Verbrecher in Preußen“ äußert sich der Verfasser, vortragender Rath im Justizministerium, bei Besprechung der wirtschaftlichen Entwicklung des preussischen Staates folgendermaßen (a. a. O. S. 68/9):

Die Bevölkerung war allmählich bis zu der Höhe angelegen, daß für ihre Ernährung das in eigenen Lande gewonnene Produkt der Landwirtschaft nicht mehr ausreichte. Im Laufe der Jahre hatte sich die Umwandlung des früher überwiegend ackerbaubeherrschenden Staates in einen überwiegend industriellen vollzogen; mit dem gesteigerten Bedarf an Lebensmitteln hatte von Jahr zu Jahr der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse abnehmen, der Import derselben zunehmen müssen. In der Zeit von 1860—1870 hatten Export und Import sich noch etwa die Waage gehalten, aber um das Jahr 1870 begann der Import zu überwiegen und ist seitdem fortgesetzt gestiegen, das heißt also: Die Erzeugnisse der preussischen Landwirtschaft reichen quantitativ nicht mehr aus, das Volk zu ernähren; das Land war auf demselben Standpunkt angelangt den England schon vor einer langen Reihe von Jahren erreicht hatte, es war sortan auf den Ersatz des Fehlenden durch den Import angewiesen. Noch einmal, in der ersten Hälfte des 7. Jahrzehnts konnten die Getreide- und Kartoffelpreise unter dem Einfluß der Ernteerträge sich erheblich steigern, später nicht mehr, denn die lothringischen Rachenländer des Ostens und Südostens, die ertragreichen Flächen in den Weststaaten Amerikas waren in der Lage, den Ersatz in bester Qualität und zu billigen Preisen zu liefern. Auf den um dieselbe Zeit in Europa und Amerika fertig gestellten Eisenbahnen hatte der Dampf in Verbindung mit dem Seenerke die Vermittlung übernommen. — Starke's Schrift ist 1884, noch vor der famosen Erhöhung der Getreidepreise geschrieben. Es ist sehr zu bedauern, daß kein Ressortminister, dem Herrn Kollegen Handelsminister diese treffliche Philosophie gegen Kommode nicht zur Kenntnis gebracht hat. Schade, ewig schade! Aber die Schulzölle auf die nöthwendigsten Lebensmittel mußten doch erhöht werden, zur größeren Ehre der Protektionäre. Armer Starke!

Die subventionirten Postdampferlinien. Die Zulassung des Staatsministers von Vötkcher in der Budgetkommission, die Regierung werde vor der dritten Beratung des Etats eventuell eine Ermäßigung der Postdampfersubvention für das Jahr 1886/87 beantragen, hat bereits den Zweifel daran bestätigt, daß es möglich sein werde, die Postdampferfahrten zu dem festgesetzten Zeitpunkt, 1. April 1886, beginnen zu lassen. Die Verzögerung wird zunächst darauf zurückgeführt,

Ohne Verzug eilte er in das Hotel, in welchem der Verhaftete logirt hatte, man kannte ihn in diesem Gasthause nicht, wenigstens erinnerte er sich nicht, die Schwelle desselben jemals überschritten zu haben.

Er verlangte, mit dem Besitzer des Hotels zu reden, und als er diesem gegenüberstand, fragte er ihn, ob er sich jenes Amerikaners noch erinnere.

Der Wirth bejahte, die Erinnerung schien ihm unangenehm zu sein, seine Stirne zog sich in Falten.

Und wo ist sein Gepäc geblieben? — fragte Rabe.

„Es besteht aus einem Koffer, einer Reisetasche und einem Plaid,“ erwiderte der Wirth, „das Alles befindet sich in meinem Zimmer.“

„Sehr wohl, ich wünsche, daß Sie es mir verabsolgen,“ sagte der Quisbesitzer, tief aufathmend, „die Rechnung des Herrn werde ich berichtigen.“

„Und wer hat Sie bevollmächtigt, das Gepäc in Empfang zu nehmen?“

„Sie haben allerdings ein Recht zu dieser Frage, da Sie mich nicht kennen,“ erwiderte Rabe, der in seiner Aufregung an diesen Einwurf nicht gedacht hatte. „Ich werde Ihnen eine Empfangsbefcheinigung nachträglich, spätestens bis übermorgen schassen.“

„Damit kann mir wenig gedient sein.“

Der Quisbesitzer zog die Brauen zusammen.

„Schicken Sie mir kein Vertrauen?“ fragte er barsch.

Wenn ich Ihnen mein Wort darauf gebe, daß Sie die Empfangsbefcheinigung erhalten werden, so —

„Mein Herr! ich bin für diese Effekten dem Verhafteten sowohl, wie dem Bericht gegenüber verantwortlich,“ fiel der Wirth ihm in die Rede, „und Sie haben vorher selbst geäußert, daß ich Sie nicht kenne. Welche Garantie also könnte mir Ihre Empfangsbefcheinigung bieten? Ich kenne die Handschrift des Amerikaners nicht, kann also nicht wissen —“

„Ob ich Ihnen nicht ein gefälschtes Schriftstück vorlegen werde — das wollten Sie wohl sagen? Ich bedauere sehr, solchem Mißtrauen zu begegnen.“

Der Hotelbesitzer sah ihn forschend an, ein unerkennbares Mißtrauen spiegelte sich in seinen Zügen.

daß der Abschluß des Vertrages mit dem norddeutschen Lloyd sich bis zum 3. Juli d. J. hingezogen hat, der Lloyd daher nicht im Stande ist, die vertragsmäßig ausbedungenen neuen Schiffe herbeizuschaffen. Auf der anderen Seite kann der Lloyd seine übrigen Linien nicht zu Gunsten der Postdampferlinien von Schiffe entblößen. Was die Frage des Anlaufes eines holländischen oder belgischen Hafens betrifft, so hat der Reichskanzler sich bei Abschluß des Vertrages eine bezügliche Bestimmung vorbehalten. Nach den seitens des Staatssekretärs von Vötkcher gemachten Andeutungen würde die Entscheidung voraussichtlich zu Gunsten von Blißingen ausfallen, vorausgesetzt, daß nicht nachträglich noch von dem Anlaufen eines solchen Hafens Abstand genommen wird, wozu es selbstverständlich einer Vorlage an den Reichstag behufs Abänderung des Postdampfer-Gesetzes bedürfen würde.

Alberne Prahlerei. Durch die konservativen Blätter geht folgende Notiz: „Fürst Alexander von Bulgarien, der Sprosse eines heldenhaften deutschen Fürstenhauses, hat der preussischen Armee, aus deren Schule er hervorgegangen ist, durch seine bewundernswürdigen kriegerischen Leistungen hohe Ehre gemacht. Fortan werden namentlich die Offiziere unserer Gardedivisions mit Stolz die Erinnerung festhalten, daß der heldenmüthige Bulgarenfürst einst einer ihrer Kameraden war. Was Fürst Alexander in diesen Tagen geleistet hat, für alle Zeiten einen Ehrenplatz in der Kriegsgeschichte.“ — Der Fürst ist sicherlich ein tapferer Mann, der für seine Existenz in den Kampf zog und sich bei dem Gemetzel mühtig betrug. Das ist auch Alles. Das Gemetzel selbst war aber völlig überflüssig — es bleibt eben Alles beim Alten. Und wenn wir, nachdem die gegenseitige Gurgelabschneiderei einmal im Gange ist, gleichfalls dem Bulgarenfürsten den Sieg über den Serbenkönig wünschen, so hat das seinen Grund darin, weil unser „Erdfreund“ hinter dem Serben steht und denselben zu dem Kriege angestiftet hat. Es ist derselbe „Erdfreund“, den gerade die preussischen Konservativen in ihr Herz geschlossen haben und der nun in der Person Wilhams Prägels bekommen hat. Betrachtet man somit die Sache genauer, so beugt sich mit ihrer albernen Prahlerei die konservative Schlange selbst in den Schwanz. Uebrigens erscheinen uns verschiedene außerpreussische konservative Organe die Sache von einem verständigeren Standpunkte aus zu betrachten. So lesen wir in einem solchen auch die Freude über die Siege der Bulgaren, aber diese Freude wird hauptsächlich deshalb geäußert, weil Rußland den Krieg mit Veranlassung habe und weil die russischen Interessen den deutschen Interessen im Orient schmerzlich zuwider stehen. Das ist auch unser Standpunkt. Der Serbe muß auch fernere Prägels haben, weil er russische Interessen, wenn auch vielleicht unbewußt und wider seinen Willen, vertritt. Wer aber unsern „Erdfreund“ so heiß liebt, wie die preussischen Konservativen und Offiziere, der möchte den Serben über den Bulgarenfürsten, trotz seiner bewundernswürdigen kriegerischen Leistungen, den Sieg wünschen. Doch es ist gut, daß die Weltgeschichte recht oft einen anderen Weg geht, als preussische Offiziere es gern haben möchten.

Die Petition für Einführung des Arbeiterschutzgesetzes hat in Hamburg nicht 12 150, sondern ca. 45 000 Unterschriften erhalten. Die erste Angabe, welche auch in unser Blatt mit übernommen wurde, beruht auf Irrthum.

Unter je 100 Verlagswerken in Deutschland gehörten:						
1850/51	1865/66	1867/70	1871	1872/81		
Zur Philosophie 0,9	0,8	1,1	1,4	1,1	
Zur Kriegs- und Pferdekunde ?	1,7	2,6	2,7	2,6	

Diese ziffermäßige Parallele bedarf eigentlich keines Kommentars. Zwar ist die deutsche Schulphilosophie im großen und ganzen kein Schuß Pulver werth, aber da die Deutschen ja das Monopol auf's „Denken“ haben, so ist es für den bösen Proletarier („Wir Wilde sind doch bessere Menschen“) recht erbaulich festzustellen, daß unsere gebildete germanische Lesewelt 1881 nur über 148 philosophische, dagegen über 367 Kriegs- oder Pferdebücher verfügte. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist.

Aus München wird berichtet, daß der Abg. Kopp im bairischen Landtage den Antrag eingebracht hat: Der Landtag möge beschließen, daß der mit Rußland abgeschlossene Auslieferungsvertrag wieder gelündigt werde. Die Beratung dieses Antrages findet am Donnerstag statt.

Zur Orientreise. Der Waffenstillstand zwischen Bulgaren und Serben dem großen Einflusse Oesterreichs zugeschrieben, welches dem Bulgarenfürsten mit einer event. Intervention gedroht haben soll. Thatsache ist, daß der Waffenstillstand beschlossen wurde, nachdem der bisher in Belgrad gewesene österreichische Gesandte Revenmüller sich direkt ins Lager der Bulgaren begeben hatte, um mit dem Fürsten Rücksprache zu nehmen. — Oesterreichsseitens wird in Abrede gestellt, daß eine Pression auf den Fürsten Alexander ausgeübt sei; dem Wiener „Fremdenblatt“ zufolge hätte derselbe unter anderen Argumenten nur angeführt, daß der Fürst von Bulgarien bei einer fortgesetzten Invasion ins Unbestimmte österreichischen

„Aus welchem Grunde wünschen Sie in den Besitz dieser Effekten zu gelangen?“ fragte er.

„Der Amerikaner hat mich beauftragt, sie in Empfang zu nehmen,“ erwiderte Rabe mit scheinbar unbefangener Ruhe.

„Gut, dann bringen Sie mir die Schlüssel zu Koffer und Reisetasche, damit können Sie sich am besten legitimiren.“

„Und wenn ich sie bringe, werden Sie mir dann das Gepäc ausliefern?“

„Jawohl.“

„Gut, ich werde Ihnen beweisen, daß ich in der That zum Empfang der Effekten bevollmächtigt bin, bis dahin bleiben Sie dafür verantwortlich.“

Der Wirth blickte dem rasch von dannen schreitenden Herrn gedankenvoll nach.

„Ich werde mir den Rücken freihalten und die Sache dem Untersuchungsrichter anzeigen,“ sagte er leise, und trotz der späten Abendstunde verließ bald darauf der Hausknecht das Hotel, der einen Brief an den Assessor von Studmann in der Tasche trug.

Dunkle Wege.

In der Weinschenke zur rothen Traube war es an diesem Abend ungewöhnlich still.

Nur wenige Gäste hatten sich eingefunden, und unter diesen befanden sich auch Siegfried und der Justizrath, die abgesehen an einem Tische saßen.

„Müssen annehmen, Verchleissung kolossaler Unstn!“ sagte der Justizrath, auf dessen hagerem Gesicht der Blick Siegfrieds gedankenvoll ruhte. „Habe früher schon mit Rabe darüber gesprochen, er wollte nicht glauben, daß ein Testament existirt. War also gar nicht erstaunt, als heute Nachmittag die Generalin mir Mittheilung machte.“

„Sie haben von der Existenz dieses Testaments schon früher Kenntniß gehabt?“ fragte Siegfried überrascht.

„Das nicht, fand aber in den hinterlassenen Papieren des Generals Notizen und Andeutungen.“

„Sie haben mir davon nie etwas gesagt!“

„Thorbheit!“ erwiderte der alte Mann achselzuckend.

Truppen „begegnen“ könnte, da Oesterreich einen völligen Umsturz der Ordnung nicht zugeben könnte.

Fürst Alexander von Bulgarien eröffnete der Bloade folgende Bedingungen, unter welchen er Frieden schließen wollte: Sofortige Räumung des bulgarischen Gebietes von serbischen Truppen, — Garantie der Integrität Bulgariens, — Anerkennung der Vereinigung Bulgariens und Rumeliens, — Kriegsschädigung von Seiten Serbiens.

In Belgrad herrscht allgemeine Ungesundheit über die Einstellung der Feindseligkeiten. Durch Heranziehung des zweiten Aufgebots hoffen die Kriegsanstifter auf den endlichen Sieg. — Die sog. Patriotenpartei erklärte, die Anerkennung der bulgarischen Union müsse unbedingt verweigert werden. Serbien müsse unersättliche Bedingungen zurückweisen. Thatsächlich dauern die verstärkten Rüstungen fort.

Die Presse hat eine Proklamation erlassen, in welcher sie die Bevölkerung und die Behörden von Ostrumelien auffordert, von der Vertreibung, in welche sie durch persönliches Interesse suchende Personen gedrängt wurden, zurück zu kommen und zum Gehorsam zurückzukehren. Die Proklamation versichert, daß Wohlwollen des Sultans werde ihnen allgemeine Amnestie gewähren.

Schweiz.

Der Große Rath von St. Gallen hat anlässlich der Rathung eines neuen Strafgesetzes einen sogenannten Dynamit-Paragraphen ausgenommen, welcher bestimmt, daß Verstärkung einer Sache durch Pulver, Dynamit oder andere explosive Stoffe der Brandlegung gleichgehalten werden soll. Wahrscheinlich werden auch die anderen Kantone ähnliche gesetzliche Bestimmungen aufstellen.

Frankreich.

Der Kongress der französischen Kammer beabsichtigt Neuwahl des Präsidenten der Republik soll, wie der „Temps“ wissen will, erst am 22. Dezember nach Abmachung der Frage über die Kredite für Tongking zusammentreten. Der Senat soll über diese Kredite erst nach dem Kongresse entscheiden. Obgleich de la Forge es für unbegründet erklärt, daß er an die Mitbewerbung um die Präsidentschaft denke, wird der Festzug gegen die Wiederwahl Jules Grévoys zum Staatsoberhaupt mit Nachdruck fortgesetzt. Die Vertrauten des Elyse wünschen, daß der Kongress in der ersten Hälfte Dezembers zusammentreten möchte, aber Brisson zeigt sich nicht geneigt, die Kongresszeit zu beilegen. Der „Figaro“, allerdings keine zuverlässige Quelle, behauptet, die Opportunisten seien entschlossen, der Kandidatur Grévoys die Brissons entgegenzustellen.

Spanien.

Ein Korrespondent des „Temps“ hat mit Don Carlos, der sich jetzt in Benedicte aufhält, eine Unterredung gehabt, deren Verlauf der Präsident sich u. A. folgendermaßen äußerte: „Ich weiß nicht genau, was jetzt in Madrid geschehen kann; allein ich glaube nicht, daß die Regentenschaft die Ruhe unter den jetzigen Bedingungen wird aufrecht erhalten können. Die Republikaner werden sicherlich die Gelegenheit benutzen, um eine Bewegung zu versuchen. Was mich betrifft, so habe ich mir eine Rolle auferlegt; nur dann einzugreifen, um Ordnung zu schaffen und einer Anarchie ein Ende zu bereiten. Ich verrete von nun ab in Spanien das Prinzip der lebensfähigen Monarchie, das allein im Stande ist, die Republikator einzuschüchtern. Wenn ich im erwünschten Augenblicke nach Spanien gehe, so werde ich sicherlich alle Diejenigen, die mich schoaren, die in der Monarchie die Ruhe erblicken und die Einführung eines jeden anderen Hilfsmittels begreifen. Ich ist diese Pflicht, die ich zu erfüllen habe; denn mit dem Programm der Ordnung und Erhaltung glaube ich mehr als Land von überaus großem Unglück zu retten.“

Auch der aus Spanien verbannte Republikaner Borilla ist interlovert worden und zwar von einem Ritter des Pariser „Figaro“. Herr Borilla vermahnt sich dagegen, einen Leichnam mit Füßen treten zu wollen, wie er sich einst drastisch ausdrückte, und fuhr fort: „Alfonso XII. ist auf seinem Thron gestanden, aber man muß sich doch fragen, ob derselbe der Fall gewesen wäre, wenn ihm eine lange Frist verweigert gewesen wäre. Die Krone Alfonso's sah schwankender denn je auf seinem Haupte, seitdem er jene famose Reise nach Deutschland unternommen hatte, eben jene Reise, die er unternommen hätte, um sein Königthum zu befestigen. Sie dürfen es mir nicht glauben, daß die Revolution nahe war. Der unerwartete Tod Alfonso's wird ihren Triumph nur erleichtern und beschleunigen. Herr Borilla versicherte, daß eine große Zahl von Offizieren der spanischen Armee für die republikanische Sache gewonnen sei und unter den Führern der republikanischen Partei man die Errichtung der spanischen Republik schon in nächster Zeit erwarten — „Sicherlich.“ — „Aber wie steht es mit den Karlisten?“ — „Oh, was die Karlisten betrifft, so wissen Sie, daß eine Revolution in Spanien nur mit der Armee möglich ist. Nun frage ich Sie aber, wann hat die Karlistenarmee auch nur eine einzige Kompanie sich für ihn ausgesprochen gesehen?“

Während also Borilla die baldige Herstellung der Republik

„Hätten sich Hoffnungen gemacht, vielleicht Kriminalprozedur eingeleitet, — waren ja nur Notizen, die nichts bewiesen.“

Siegfried schüttelte den Kopf und trank langsam sein Glas aus.

„Allo die Generalin war bei Ihnen, um Sie zu besuchen, das Erbe meinem Vater notariell anzubieten?“ fragte er.

„Sie ist eine energische Frau, und ich hege die Ueberzeugung, daß sie ihren Vorsatz durchzuführen wird.“

„Jedenfalls,“ nickte der Justizrath, „gar keine Frage.“

„Sie wird das Schloß verlassen, und ich fürchte, daß mein Vater auch dann noch verzichtet. Sie haben Recht, es ist eine Thorheit, auf ein so reiches Erbe zu verzichten, aber mein Papa hat darüber seine besonderen Ansichten.“

„Brett vor dem Kopf, Verehrtester!“ brummte der alte Mann.

„Will denn die Generalin ihm etwas schenken? Fällt ihr nicht ein, es ist das Erbe seines Bruders, und das Testament in gesetzlicher Form abgesetzt. Verzichtete Sie auf sich ereifernd fort, „zu wessen Gunsten? Generalin nimmt das Geschenk nicht an —“

„Erlauben Sie, Justizrath, wenn ein Erbe verzichtet, so fällt der betreffende Antheil den Miterben zu,“ unterbrach Siegfried ihn, „das werden Sie ja auch wissen.“

„Und wenn nun auch der Miterbe verzichtet?“

„Dann wird der Staat den Gewinn in die Tasche stecken. Uebrigens hoffe ich, daß es so weit nicht kommt. Ich will Ihnen etwas sagen, Justizrath,“ fuhr Siegfried mit gedämpfter Stimme fort, während er sein Glas wieder auffüllte. „Sie mögen mit dem Bruder der Generalin so angeharrt sein, wie Sie wollen, wenn er nicht bei seiner Schwägerin wohnte, nicht ihr Faktotum und Rathgeber wäre, dann möchte ein freundschaftliches Verhältniß zwischen meinem Vater und der Generalin längst angebahnt sein.“

„Um, Rabe ist mein Freund nicht!“

„Wie urtheilen Sie über ihn?“

„Gar nicht.“

„Gar nicht? Das ist sonderbar. Man bilbet sich über jeden Menschen, mit dem man in Berührung kommt, ein Urtheil, wenn es auch unwillkürlich geschehen kann.“

„Mein Urtheil war bei der ersten Begegnung fertig, und

In Kustke
eine Typ
behielt
Mittelwe
eine Sa
Paris be
einem De
Verlaufe

Wie
kommt di
ur Anwa
55 Ritz
haben, di
für Pfänd
Beschlus
beim Sa
in Zittau
allert
Kommun
geblich
Edm
der Ho
Kustke
objekte
Interesse
niederger
wurden;
neue Pf
werden.
Vollst.

Steuerer
haben d
der Inf
Vertrau
entwelle
müßlich
nicht ha
Steuern
nach Be
Feststeh
Ambrat
Steuern
frage
Finanze
werden.

im Finc
enthalten
Kieses E
sahen s
Sinn au
Berachtu
nicht we
Schwästr
jugend
gegen d
und son
hatten.
Lage in
Unglück
verlamm
unwesen
dem in
die Re
stellung

Ein
madel:
englische
eines W
auf in e
balan d
reg. bun
Handels
fordern
Kamee
ich am
dem Wirt

Bei m
wiegend
Mensch
Den Ha
habene
klumen
folge b
lebt de

dieser e
laucht.

dieser W
D
mindest
kann sei
diese A
wahrsch
bliken

„E
„E
was ich
„N
„D
anderer

„S
„S
„S

„S
„S

„S
„S

„S
„S

„S
„S

„S
„S

„S
„S

„S
„S

„S
„S

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 1. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Fürst v. Bismarck, von Boetticher, Bronsart von Schellendorf, Stephan u. a. Die Tribünen sind überfüllt.

Eingegangen ist ein Geschenk, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts-Etats und des Landeshaushalts-Etats in Elsaß-Lothringen.

Der Antrag Trägers wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Nöldechen wird einstimmig genehmigt, nachdem Abg. Meyer (Breslau) ausgeführt, daß die Einleitung des Verfahrens keinen politischen Grund hat, sondern daß die Konfession Nöldechen's als Bierbrauer in Frage steht, weil er seine Kräfte selbst verpachtet hat. (Weiterleit.)

Auf der Tagesordnung steht sodann die von dem Abg. Adzge wski und der polnischen Fraktion, unterstützt von mehreren Mitgliedern des Centrum, der freisinnigen Partei, den Sozialdemokraten, den Elsaß-Lothringern und dem Dänen Kamporeen eingebrachte Interpellation:

In den letzten Monaten wurden viele tausende von Landbesitzern, namentlich aus den östlichen Provinzen des preussischen Staates, ausgewiesen oder für die nächste Zukunft damit bedroht. Wir richten an die Reichsregierung die Anfrage, ob diese Thatsache und ihre Begründung zu ihrer Kenntniss gelangt ist, und ob dieselbe bereits Schritte gethan hat oder noch zu thun beabsichtigt, um der weiteren Durchführung der verhängten Maßregel entgegen zu wirken.

Der Präsident fragt, ob und wenn die Vertreter der Reichsregierung zur Beantwortung der Interpellation bereit sind.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich habe zunächst dem Reichstage eine Allerhöchste Botschaft in Bezug hierauf mitgetheilt:

(Der Reichstag erbebt sich.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u., thun kund und fügen hiermit zu:

Den Verhandlungen des Reichstages mit Aufmerksamkeit folgend, haben wir aus der Tagesordnung des 1. Dezember ersahen, daß eine Interpellation in Aussicht steht, welcher die Reichsregierung zu Grunde liegt, als ob in Deutschland eine Reichsregierung bestände, die verfassungsmäßig in der Lage wäre, Schritte zu thun, um die Durchführung von Maßregeln zu hindern, welche von uns in Unserem Königreich Preußen in Ausführung der Ausweisung ausländischer Unterthanen angeordnet worden sind. Die Thatsache, daß diese rechtliche Vorlegung nach Ausweis der Unterschriften der Interpellation von der Mehrheit der bisher anwesenden Mitglieder des Reichstages für richtig gehalten wird, legt uns die Verpflichtung auf, derselben gegenüber unsere Rechte im Königreich Preußen und die Rechte eines Jeden Unserer Bundesgenossen in Betreff der Landeshoheit ausdrücklich zu verwehren. Wir haben — gleich Jedem der verbündeten Fürsten — wesentliche und unbeschränkte Hoheitsrechte der Einheit der deutschen Nation willig geopfert und dem Reichstage bezüglich Unserer Staaten weitgehende Rechte eingeräumt. Wir bereuen die von uns gedachten Opfer nicht. Wir haben die dadurch geschaffenen Rechte und Privilegien des Reichstages stets unverbrüchlich geachtet und unsere gegen das Reich übernommenen Pflichten jederzeit bereitwillig erfüllt, auch den Frieden des Reiches mit Erfolg gewahrt und seine Wohlfahrt nach Kräften gefördert; aber mit gleicher Gewissenhaftigkeit sind wir auch entschlossen, die Rechte Unserer angefallenen Krone so, wie sie nach den Bundesverträgen zweifellos in Geltung stehen, nicht minder wie die eines Jeden Unserer Bundesgenossen, unvermindert und unverändert zu erhalten und sie zu schützen. Die in der gedachten Interpellation vertretene Rechtsauffassung findet in keiner Bestimmung der Bundesverträge, der Verfassung oder der Gesetze des Reiches einen Anhalt. Es giebt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Kontrolle des Reichstages, wie sie durch jene Interpellation versucht wird, die Aufsicht über die Handhabung der Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu üben, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist. Wir dürfen das Zeugnis der durch uns und unsere Bundesgenossen geeinigten Nation nicht anrufen, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesvertretung von uns und von den verbündeten Regierungen jederzeit sorgfältig geachtet worden sind; aber wir dürfen auch erwarten, daß der Reichstag mit gleicher Gewissenhaftigkeit die Rechte eines Jeden der verbündeten Fürsten und freien Städte achten werde. Auf dieser Gegenseitigkeit beruht das Vertrauen, welches die deutschen Stämme und ihre Fürsten und Obrig-

keiten der Reichsverfassung entgegenbringen. Es ist Unser ernstes Bemühen, dieses Vertrauen allerseits ungeschwächt zu erhalten, und deshalb fühlen wir uns bewogen, dem Reichstage unsere Ueberzeugung kund zu thun, daß die Rechtsauffassung, zu welcher die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten durch ihre Unterstützung der gedachten Interpellation sich bekannt hat, im Widerspruch mit dem deutschen Verfassungsrecht steht, und daß wir etwaigen Versuchen einer Bethätigung derselben nicht nur unsere Mitwirkung verweigern, sondern denselben gegenüber die Rechte einer Jeden der verbündeten Regierungen nach Maßgabe des Bundesvertrags vertreten und schützen werden. Gegeben Berlin, den 30. November 1885.

(gez.) Wilhelm.
(gegenges.) v. Bismarck.

Meine Herren, ich erlaube mir, den Text der Allerhöchsten Botschaft dem Herrn Präsidenten zu überreichen. (Geschicht.) Die Belesung der Allerhöchsten Botschaft ist beendet. (Abgeordneter Dr. Windthorst. Zur Geschäftsordnung!) Ich bin noch nicht fertig. Ich sage nur, die Belesung der Allerhöchsten Botschaft ist beendet, indem ich annehme, daß die Herren sich deshalb erhoben haben. Ich habe dieser Belesung auf Befehl meines Herrn, des Königs von Preußen, auch in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter Preußens eine Verwahrung des Rechts Sr. Majestät hinzuzufügen, in Seinen Staaten und insbesondere in deren Grenzprovinzen die deutsche Nationalität in ihrem Bestande und in ihrer Entwicklung vor jeder Beeinträchtigung durch fremdländische Elemente und namentlich vor der weiteren Ausbreitung der seit Jahrzehnten dort im Gange befindlichen Polonisation deutscher Volksstämme zu schützen. Das ein Ausfluß der Landeshoheit bildende Recht, diesen Schutz in seinen Staaten zu üben, ist eines der Rechte, zu deren Schutz der Bundesvertrag, welcher die Grundlage unserer Reichsverfassung bildet, geschlossen ist. Es heißt in der Einleitung des Vertrages, daß Sr. Majestät der König von Preußen und die anderen Monarchen einen Bund schließen, zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechts. Zu diesem gültigen Rechte gehört das Hoheitsrecht des Königs von Preußen, welches ich vorhin bezeichnete. Der König von Preußen hätte daher einen Anspruch auf den Schutz des Reiches in der Ausübung dieses Rechtes, wenn ihm dasselbe vom Auslande her bestritten würde. Das Ausland aber bestritt dieses Recht in keiner Weise, sondern hat sich in wohlwollend nachbarlicher Freundschaft mit Sr. Majestät über die Handhabung des preussischen Landeshoheitsrechtes in Bezug auf Ausländer in Verbindung gesetzt. Statt dessen ist im Deutschen Reiche der Versuch gemacht, eine vorausgesetzte Reichsregierung zu einer Prellion auf den König von Preußen zu Gunsten ausländischer Ansprüche und Interessen herbeizuführen. Wenn dieser Versuch lediglich von den polnischen Abgeordneten ausgegangen wäre, so würde Sr. Majestät schwerlich einen Anlaß gefunden haben, denselben mit dem gewichtigen Schritte eines Protestes der Krone Preußen entgegenzutreten. Die polnischen Abgeordneten haben ihre Ansichten über deutsches Verfassungsrecht und über dessen Ausübung so oft in dem Sinne der Interpellation Ausdruck gegeben, als daß dem anders als mit dem gewöhnlichen geschäftlichen Widerspruch entgegengetreten worden sein würde. Auch wenn eine solche polnische Interpellation lediglich von der sozialdemokratischen Fraktion, allenfalls auch von den sonstigen ausländischen Elementen unternommen worden wäre (Oh! links), — den mit dem Auslande sympathisierenden Elementen in unserer Landesvertretung, wie sie uns Dänemark, wie sie uns das Elsaß in Gestalt französischer Protestler liefert — so würde darauf nicht in dieser Form reagirt worden sein. Gewichtig wird die Sache schon dadurch, daß die frühere Fortschrittspartei in Verbindung mit den ehemaligen Mitgliedern der nationalen Partei, die Sezessionsisten, — mit einigen unter ihnen — ebenfalls ein wesentliches Kontingent zu den Unterschriften gestellt hat. Inwiefern hätte man in Erinnerung an die Thatsache, daß unsere Verfassung seit ihrer Geburt sich bei unseren freisinnigen Mitbürgern nur einer riesenmäßigen Behandlung zu erfreuen gehabt hat, darüber hinweggehen können. Wenn aber eine so gewichtige und angesehene Partei, wie das Centrum, so viel wir überschauen können, in der Gesamtzahl ihrer anwesenden Mitglieder eine solche Rechtsauffassung sich aneignet und unterstützt, so giebt das der Sache doch ein Gewicht, dem gegenüber ein voller und formeller Protest wohl angebracht ist. Man hat bisher allgemein in dieser Partei — und namentlich haben die einzelnen verbündeten Regierungen es gethan, — eine sichere Stütze und einen Hort für diejenigen Rechte zu besitzen geglaubt, welche den einzelnen Regierungen und Landesherren durch die Verfassung gesichert sind. Wenn nun auch das Centrum die Hand dazu bietet, einen Weg zu betreten, in dessen weiterer Verfolgung die Möglich-

keit einer Entwicklung des Reichstags in unitarischer Richtung liegt, zu einer Art von Konvent, welcher die Befugnis hätte, interpellando, d. h. unter Zuhilfenahme einer von der Majorität unterschiedenen Interpellation, die verschiedenen deutschen Landesherren, heute den König von Preußen, morgen den König von Bayern, übermorgen vielleicht den Großherzog von Baden oder von Hessen vor seine Schranken zu rufen, um sich zu rechtfertigen durch das Organ ihrer amtlichen Bevollmächtigten im Bundesrath über die Art, wie sie die ihnen zweifellos zustehenden Landeshoheitsrechte namentlich in Bezug auf Ausländer ausüben, — meine Herren, das ist eine Entwicklung der Verfassung, die im Widerspruch mit den Bundesverträgen steht, auf denen die Verfassung beruht, eine Entwicklung, an der die verbündeten Regierungen sich nicht betheiligen können, und deshalb erkläre ich im Namen derselben, daß sie die Beantwortung dieser Interpellation ablehnen und sich an einer Erörterung über dieselbe nicht betheiligen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Windthorst beantragt die Besprechung der Interpellation und wird ausreichend unterstützt; v. Jatzewski bittet um das Wort zu ihrer Begründung.

Präsident: Ich könnte Ihnen das Wort nur als Redner geben, falls mehr als 50 Mitglieder eine Besprechung der Interpellation beschließen.

Abg. Windthorst (zur Geschäftsordnung): Gegenüber den Eröffnungen der Allerhöchsten Botschaft würde es richtig sein, heute die Verhandlungen über diesen Gegenstand nicht zum Abschluß zu bringen. Ich beantrage, die Interpellation heute von der Tagesordnung abzusehen, damit wir ruhig überlegen, was einem Akt dieser Art gegenüber zu thun ist. Ich enthalte mich auch jeder Aeußerung über den Inhalt dieses Allerhöchsten Erlasses und habe nur gegenüber der Aeußerung des Herrn Reichskanzlers Einiges zu bemerken. Ich habe es zunächst für meine Person sehr zu begrüßen, daß wir den Herrn Reichskanzler heute auf dem partikularen Standpunkt angelangt sehen. . . (Aufe rechts: Geschäftsordnung!)

Präsident: Das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Abg. Windthorst: Ich finde, daß dies ebenso zur Geschäftsordnung gehört, wie die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers.

Präsident: Der Herr Reichskanzler hat nicht zur Geschäftsordnung das Wort gehabt. (Weiterleits rechts.)

Abg. Windthorst: Es ist ja möglich, daß man mir das Wort entzieht. Es wäre aber doch etwas Außerordentliches, wenn der Herr Reichskanzler das Recht hätte, eine Allerhöchste Botschaft seinerseits weiter zu begründen, wir aber nicht berechtigt wären, darauf zu antworten. Es handelt sich darum, ob wir diese Angelegenheit heute behandeln oder nicht, dazu müssen wir uns doch darüber klar werden, aus welchen Gründen wir uns entschließen müssen und beschließen, die Interpellation abzusehen. Das scheint mir durchaus zur Geschäftsordnung zu gehören. Nur in dieser Weise können wir auf die Aeußerungen des Reichskanzlers eingehen.

Präsident: Inwiefern Ihre Deduktionen dazu dienen, irgend welche Anträge zur Geschäftsordnung zu motiviren, habe ich keine Veranlassung, sie zu inhibiren. Wenn es sich dagegen um eine Besprechung der Sache handeln sollte, so würden Sie mit Ihrem eigenen Antrag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen, in Konflikt gerathen, und ich glaube deshalb, eine Besprechung der Sache nicht eher zulassen zu dürfen, als bis über den Antrag geschäftsordnungsmäßig abgestimmt ist.

Abg. Windthorst: Ich habe beantragt, die Interpellation für heute von der Tagesordnung abzusehen, und, um dies vollständig zu begründen, auch mit Rücksicht auf das, was der Herr Reichskanzler zur Motivirung des Erlasses gesagt hat, sagte ich das, an dessen weiterer Ausführung ich gehindert wurde. Indessen, ich werde schon noch Gelegenheit finden, zu erörtern, was von den Anschauungen des Herrn Reichskanzlers, daß hier ein ganz besonderer Einriß gemacht werden soll in die Rechte der Partikularstaaten, sie ist auch auf keine Weise begründet worden, und wenn der Herr Reichskanzler besonders hervorgehoben hat, daß die Stellung des Centrum in dieser Sache eine . . .

(Während der vorstehenden Bemerkung Windthorst verließen sämmtliche Mitglieder des Bundesrathes, dem Beispile und einem Winke des Reichskanzlers folgend, den Sitzungssaal; große Unruhe und Zurufe rechts.)

Bewahren Sie Ihre Lungen für etwas Besseres! Ich beantrage nochmals, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen.

Abg. Richter: Es wäre doch richtiger, die Aeußerungen

Ein neuer Stern am europäischen Theaterhimmel.

In dieser Tonart preisen die Pariser Journale das Lob der schönen, jungen Tragödin Fräulein Eugenie Weber, welche in diesem Augenblick die ganze Künstlerwelt und Alles, was an der Bühne Antheil nimmt, in Aufregung versetzt hat. Ein neuer Stern, eine aufsteigende Größe, deren Lauf durch Europa, deren Ruf durch die ganze Welt gehen wird, rufen sie frohlockend! Ade Sarah Bernhard, riefen sie bereits, als im August Fräulein Weber die Prüfung auf dem Konservatorium glänzend bestanden hatte.

Erst zweimal hat die schlanke, noch nicht neunzehnjährige Gestalt die Bühne betreten und schon, so kann man sagen, ist ihre Zukunft gesichert. Eine glänzende Zukunft, denn ihr Spiel ist seelenvoll, und die schöne, leidenschaftliche Brünnette zur Tragödin wie geboren. Aus den großen dunklen Augen flammt eine seltene Gluth, und das Oboon mit seinem neuen Stück „Die Jakobiten“ (Anhänger des Königs Jakob von England) wird wohl für einige Zeit der größte Anziehungspunkt der Pariser Theaterbesucher sein.

Von wo steigt dieser glänzende Stern auf? Wo ward sie geboren? Das ist jetzt die Hauptfrage, der nach Rufe jübeld die Vertreter der Volkspresse! —

„Sie ist die unferige,“ rufen sie jübeld die Vertreter der Volkspresse! —

„Sie ist die unferige,“ rufen sie jübeld die Vertreter der Volkspresse! —

„Sie ist die unferige,“ rufen sie jübeld die Vertreter der Volkspresse! —

„Sie ist die unferige,“ rufen sie jübeld die Vertreter der Volkspresse! —

„Sie ist die unferige,“ rufen sie jübeld die Vertreter der Volkspresse! —

„Sie ist die unferige,“ rufen sie jübeld die Vertreter der Volkspresse! —

bauer gegen die Härten des Lebens für sich und ihr Kind redlich gekämpft. Kümmerlich genug ist es ihr ergangen; denn ihre Arbeit, das Verfertigen von Perlenkränzen für die Todten, wird am schlechtesten bezahlt.

Eugenie Weber, die gleich einem strahlenden Phänomen aus der Dunkelheit hervortritt, ist innig mit dem Volk verwachsen. In dem Faubourg St. Antoine, einem der hauptsächlichsten Arbeiterviertel von Paris, hat ihre Wiege gestanden, dort verlebte sie ihre Kinderjahre und dorthin kehrt sie zurück, wenn ihr Herz sich berauscht hat von dem frenetischen Jubel der ihr unterschiedlos von allen Gesellschaftsklassen gezollt wird.

Mit seltener Energie ausgestattet, hat sie, was bei der Korruption, die sich ganz besonders im Theaterwesen breit macht, fast ungläublich kling, ihre Stellung durch eigene Kraft errungen. Ihre besten Freunde, und ein von der Natur bevorzugtes Kind hat ja deren viele, baten sie, bevor die Prüfungen auf dem Konservatorium stattfanden, sich nach Protektionen umzusehen.

„Ich will keine Protektion,“ rief stolz und selbstbewußt das schöne Mädchen, „ich will Niemand zu Dank verpflichtet sein. Entweder ich habe Talent, und dann muß es anerkannt werden, oder ich habe keins, und dann verzichte ich, als Künstlerin aufzutreten.“

Heute berauscht sich die tonangebende Gesellschaft an dem hinreichenden Spiel der jungen Künstlerin, aber die Tochter des Volkes hat sich ihre Unabhängigkeit bewahrt.

Da ich das Glück habe, die junge Künstlerin seit Jahren zu kennen, trieb es mich schon am zweiten Tage ihres Triumphs, ihr meine Freude über den schon vorher gedachten Erfolg auszusprechen. Von den verschiedenartigsten Gefühlen bewegt, ging ich nach der rue de la Roquette, in die kleine

mir wohlbekannte Wohnung, zu welcher eine elende Hühnerstiege emporführt. Jamiten der zum Theil zerbrochenen Möbel, einem Ueberbleibsel der besseren Lage vor dem verhängnisvollen Jahre 1881, stand die schlanke, elastische Gestalt. Ich sah in ihrem blühenden Auge den wahren Künstlerstolz so selten, so eigenhümlich leuchten. In jeder ihrer lebhaften Bewegungen, in den sprudelnden Worten, die sie an mich richtete, zitterte noch die gestrige Aufregung. Jede Faser bedie an der triumphirenden Künstlerin.

Und die Mutter, die so gerne ihr Kind vor diesem gefährlichen Lebenswege bewahrt hätte, die noch kurz vorher ihr Herzleid mir geklagt, zeigte mir jetzt mit wahren Mutterstolz die herrlichen Blumen, welche auf einem alten Kanapee aufgestapelt lagen.

Noch einmal ließ ich meinen Blick durch das kleine Gemach schweifen, das in seiner Dürftigkeit solch eine berebete Sprache spricht, das einen grellen Kontrast zu der jungen Künstlerin und den kostbaren Blumen, den ersten Gunstbezeugungen eines dankbaren Publikums, bildet. Ich sah auf dem Tisch Karten, einige Telegramme, denn Alles beieilt sich, dem aufsteigenden Sterne zu huldiven. Mein Auge flog über die vielen bestaubten Bände französischer Literatur, in denen das lernbegierige Kind einst seinen Wissensdrang zu befriedigen suchte, die aber auch hinlänglich Stoff boten, den schlummernden Keim zur Tragödin zu wecken und zu nähren.

Mir ahnte, daß ich diesen kleinen Raum zum letzten Mal betrat. Und wenn ich nach einiger Zeit der Künstlerin abermals meine Aufwartung mache, wird wohl eine freundlichere, gefälligere Umgebung dem Kinde des Volkes lächeln.

Elise Grimpe.

des Reichslanzlers und die Verlesung, die hier stattgefunden hat, heute nicht unbegründet ins Land hinausgehen zu lassen. Es wird ja unbenommen sein, in irgend einem Stadium der Debatte die Fortsetzung derselben auf morgen oder einen andern Tag zu versagen.

Die Beantwortung der Interpellation wird mit den Stimmen des Zentrums, der Rechten und der Nationalliberalen von der Tagesordnung abgesezt.

Das Haus tritt nunmehr in die zweite Beratung des Reichshaushaltstatuts für 1886/87 ein. — Der Etat des Reichstages wird debattelos genehmigt, worauf der des Reichslanzlers und der Reichskasse (Kap. 3 Tit. 1, Gehalt des Reichslanzlers) zur Verhandlung kommt.

Abg. Windthorst: Die Angelegenheit, welche uns vorhin kurz beschäftigte, soll nach den Ausführungen des Herrn Reichslanzlers nicht zur Kompetenz des Reichstages gehören; er hat sich dabei auf die Verfassung berufen, welche die Wahrung der Herrscherrechte den Monarchen vorbehält. Ohne Wahrung des monarchischen Prinzips wird das Deutsche Reich nicht bestehen, darum werde ich auch nie etwas unterstützen, was das monarchische Prinzip schwächen könnte. Demgegenüber stehen aber auch die Rechte der Unterthanen, und gerade damit dieselben voll und ganz gewahrt werden und die Monarchen genau die Anschauungen des Volkes erfahren, muß das Volk das Recht haben, sich vernehmen zu lassen. Die Interpellation, deren Beantwortung vorhin abgelehnt wurde, die wir aber ganz zweckentsprechend hier diskutieren können (Weiterkeit links), greift die Hoheitsrechte der Monarchen nicht an. Ich bin überzeugt und erfreut, den Herrn Reichslanzler, der mich sonst partikulärer Tendenzen zu beschuldigen liebt, hier partikuläre Interessen verteidigen zu hören. (Rufe rechts: Nur Sache!) Ich bin durchaus berechtigt, diese Sache hier zur Sprache zu bringen, da der Herr Reichslanzler, um dessen Gehalt es sich hier handelt, nach meiner Ansicht in einer wichtigen Angelegenheit nicht richtig gehandelt hat. (Weiterkeit.) Das ist eines der kostbarsten Rechte der Landesvertretung, bei Bewilligung der Mittel etwaige Ausstellungen anzubringen. Wo soll sie es denn sonst thun? (Sehr wahr! links.) Wie Ihre Vorfahren (rechts) in den Landtagsversammlungen auftraten, wenn sie die Hoheitsrechte nicht richtig gewahrt glaubten, wie sie sogar die Ruchschiffe zur Flotte abtrennten, so üben wir dasselbe Recht. Und nun wollen Sie mich zur Sache rufen? (Sehr wahr links! Unruhe rechts.) Das sind schöne Söhne kräftiger Eltern! (Weiterkeit.) Mit dem notwendigen Schutze des Rechtes der Unterthanen könnte ich allein schon die Kompetenz des Reichstages begründen. Die Frage der auswärtigen Beziehungen gehört aber vor allen Dingen hierher; denn durch die massenhaften Ausweisungen werden doch sicherlich jene auf's Tiefste berührt. Sind wir denn blind gegen die russische Pest, wie sie sich äußert, gegen die Schärfe, mit der man in Rußland gegen Deutschland vorgeht? Ich meine nicht gegen die Regierung, denn das entspricht sich meiner Kenntnis. Haben Sie nicht gesehen, was in Ungarn und Oesterreich verhandelt worden ist? Und da sollen wir nicht kompetent sein, zu fragen: wie verhält sich dies? Es sind das Dinge, welche möglicher Weise zu den ernstesten Entwicklungen führen können. Wenn man nun in Ungarn sagt, die Ausweisungen seien erfolgt wegen konfessioneller und sprachlicher Beschledungen, und wenn dasselbe vom Grafen Kalmak in den Delegationen wiederholt wird, während unser Minister des Innern wiederholt gesagt hat, mit rüchsten sei irgend ein konfessioneller Gedanke bei der Sache maßgebend, — da soll kein Recht für uns bestehen, zu interpellieren? Nach der Verfassung gebören Fremdenpolizei und Freizügigkeit zur Kompetenz des Reiches, und ich soll nicht fragen dürfen? Hat man denn in Preußen jetzt zu fürchten, das Geschehene vor dem ganzen Volke zu verteidigen? Wenn wir über 30 000 Menschen ohne vorherige Warnung von Haus und Hof gejagt werden sehen, so müssen wir nachfragen, wie sich diese Dinge verhalten, ohne daß darin etwas Feivolles liegt. Protestantische Polen hat man nicht ausgewiesen. (Widerpruch rechts.) Ich freue mich, daß diese hiergeblieben sind, aber daß man gerade die katholischen ausweist, dies hier zu bemängeln, habe ich das Recht und die Pflicht.

Reichslanzler Fürst von Bismarck: Der Herr Vordredner hat, um nachzuweisen, daß er bei der Sache sei, als er durch Rufe unterbrochen wurde, die das Gegenteil behaupteten, die Ansicht aufgestellt, daß es sich hier um die Befolgung des Reichslanzlers handle, und daß man deren Bewilligung doch davon abhängig machen könne, ob man mit seinen Leistungen zufrieden sei oder nicht. Ich will diese Anschauung nicht weiter bekämpfen, aber nur sagen, daß die Anstellung des Reichslanzlers nicht von dem Herrn Vordredner und seiner Zufriedenheit mit mir abhängt — sonst wäre ich es ja längst nicht mehr —, sondern von Sr. Majestät dem Kaiser; wenn Sie mir mein Gehalt streiden, so werde ich einfach vor Gericht klagen, und das Reich wird verurteilt werden, so lange ich Reichslanzler bin, mir mein Gehalt zu bewilligen. (Weiterkeit.) Das ist also ein sehr durchsichtiger Vorwand, um eine Sache zur Sprache zu bringen, die eben nicht auf der Tagesordnung stand. Ich möchte die Herren im hohen Hause doch einmal darauf aufmerksam machen, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn wir im Bundesrathe nach denselben Grundzügen verfahren wollten und nur denjenigen Beamten, die Ihr Amt der Majorität des Bundesrats zu Dank versehen, die Gehälter bewilligten. Sie wollen nicht vergessen, daß um eine Bewilligung herzuwirken, die Zustimmung der Majorität des Bundesrats gerade so erforderlich ist wie die Ihrige. Der Herr Vordredner hat aber geradezu zur Ratioierung der Sachlichkeit seiner Behauptungen die Berechtigung in Anspruch genommen, mir, wenn ich die auswärtige Politik nicht so treibe, wie er sie nützlich hält und einseht, das Gehalt zu kürzen. Der Herr Vordredner wird einsehen, daß er damit seinen Einfluß und seine verfassungsmäßige Berechtigung weit überschätzt. Er kann mir keinen Plönnig von meinem Gehalt streiden, was mir zugesichert ist. Wenn Derselben, die darüber zu entscheiden haben, mit meinem Dienste unzufrieden wären, so würde es für mich, in meinem Alter, eine große Erleichterung gewesen sein, wenn ich mich in den Ruhestand hätte zurückziehen können, den ich auch dem Herrn Vordredner, der ja noch drei Jahre älter ist als ich, dringend empfehlen möchte. (Weiterkeit.) Der Herr Vordredner hat sich darüber freuet, mich als Partikularisten bezeichnen zu können. Nun, das ist ja jederzeit mein Schicksal gewesen, daß ich, wenn ich auch genau nach Recht und Gesetz, nach der Verfassung handle, bald von der einen Seite, bald von der anderen als dem entgegengelegten Extrem angeblich gekennzeichnet werde. Ich habe noch nie Anlaß gegeben, in der Nation für einen Partikularisten zu gelten, und ich glaube, der Herr Vordredner wird mit der Behauptung im Ganzen sehr wenig Anklang finden. Sehen Sie zurück auf die Zeit, fröhlich der Norddeutsche Bund begründet ist, seitdem das Deutsche Reich besteht: liegt ein einziger Versuch vor oder auch nur der Verdacht eines Versuches, daß ein Minister, wie wir sie früher gehabt haben in Deutschland, mit dem Auslande politiken könnte gegen das Reich? Der Herr Vordredner hat ferner gesagt, es schiene, als ob Preußen sich fürchte, diese Sache öffentlich zu verhandeln. Meine Herren, vor wem sollten wir uns fürchten? Vor den Herren Unterzeichnern der Interpellation? Daß die unsere Gegner sind und unsere unverföhlichen Gegner, das wissen wir ja längst. Wir werden Ihnen im preußischen Landtag, wo die Sache hingehört, den Beweis liefern, daß wir die Verantwortlichkeit für diese Maßregel voll auf uns nehmen. Die Koalition, die 168 Köpfe stark, in der Interpellation und gegenübertritt und der preußischen Regierung speziell, ist bei weitem die Mehrheit der bisher anwesenden Reichstagabgeordneten. Es ist mir gemeldet

worden, daß am vorigen Sonabend 170 Abgeordnete anwesend gewesen sind, glücklich Weise wurde nicht ausgehört. 168 sind hier unterzeichnet; es werden wohl einige darunter stehen, die gerade den Tag nicht da waren. Aber es ist immer die Majorität. Der Herr Vordredner, der Führer der konservativen Zentrums, der Hort der monarchischen Einrichtungen, tritt uns hier in der Unterschrift entgegen im Bunde mit 68 Mitgliedern des Zentrums und 35 Freimünnigen. Nun, das ist nicht einmal die vollständig anwesende Fraktion; einige Unterschriften fehlen, wahrscheinlich haben sich Einige die staatsrechtliche Frage doch genauer überlegt, als die Uebriken. 21 Sozialdemokraten, also die ziemlich vollständige Fraktion, hat der Herr Vordredner auch auf Seite seiner Theorie, ferner 15 elsass-lothringischer Protestler, wie natürlich; 7 Welfen — das ist nicht wunderbar — 3 von der Volkspartei, 1 Dänen und einen der Herren, die keiner Fraktion angehören; außerdem natürlich die 17 oder 18 Polen. Mit dieser homogenen und nationalen Koalition (große Mehrheit) tritt der Herr Vordredner dem Stifter und ersten Kaiser des Reichs entgegen in seinen nationaldeutschen Bemühungen, um seine Unterthanen in verschiedenen Grenzprovinzen vor den auferordentlichen Fortschritten der Polonisation sicher zu stellen, die in den letzten vier Jahrzehnten, seit dem Beginn der Regierung Friedrich Wilhelm IV., unter der Förderung der lokalen Geistlichkeit polnischer und deutscher Jungge, gemacht worden sind. Der Herr Vordredner wünschte, daß die Polonisation fortschreite, mit ihm seine sozialdemokratischen und elsass-lothringischen und polnischen Eidgenossen. Ja natürlich wünschen sie das; aber wenn Sie einem Reichslanzler, der dieser Koalition nicht beiträgt und bei der Polonisation der Deutschen in unseren Grenzprovinzen nicht mit-helfen will, das Gehalt versagen wollen, dann, meine Herren, können wir, um mit einem gemeinen Berliner Ausdruck zu sprechen, die Reichsbude überhaupt nur zumachen. (Weiterkeit.) Der Polonismus und die polnische Propaganda ist der Grund der Ausweisungen gewesen; zufällig sind die meisten Polen Katholiken, aber ich bin überzeugt, daß der Herr Vordredner mit der Absicht, aus dieser Flasche wieder Del auf die Lampe des Kulturkampfes zu gießen, bei unserer öffentlichen Meinung doch nicht durchkommen wird. Die Mehrheit der Deutschen steht auf Seite des Reichs und nicht auf Seite der Polen. Das war in den Zeiten der politischen Unruhe. Ich erinnere mich, in den Jahren 1830 und 1832, wie ich auf der Unterseite war, da war die deutsche sentimentale Polenschwärmerei, die Schwärmerei für jeden ausländischen, antideutschen Revolutionär, mochte er einen Namen haben, wie er wollte, ganz allgemein. Das war ganz allgemein in allen deutschen Kleinstädten. Der spießbürgerliche Liberalismus sang damals „jaszco Polaka“ u. s. w., und überall gab es wehmüthige und thränenreiche Amentationen; es galt für liberal, gebildet und anständig, daß der nationale Deutsche, der Vertreter der deutschen Einheit zunächst für den Polen schwärme. Sie werden sich erinnern, daß es ebenso für die italienischen und französischen Revolutionäre der Fall war. Diese Ausländererei noch weiter hinzumachen und sie unter einem konfessionellen Vorwande, unter dem Vorwande, daß diese Ausländer nebenher Katholiken wären, bei uns einzuschwärzen, das, glaube ich, wird Ihnen nicht gelingen. Wenigstens die Regierung und namentlich die preussische werden Sie damit nicht fortziehen. Ich freue mich, die Herren auf demselben fahlen Pferde im preussischen Landtage wieder zu sehen. Da werden wir uns noch entschiedener aussprechen, als wie ich es hier vermag. (Bravo! rechts.)

Abg. Haenel: Der wesentliche Mittelpunkt aller unserer Budgetberatungen ist nicht die Annahme oder Ablehnung der einzelnen Posten, sondern die Benützung der Gelegenheit zum Vorbringen unserer Wünsche und Beschwerden und zur Kritik des Staatswesens und seiner Verwaltung denen gegenüber, welche für sie verantwortlich sind. Nur deshalb kritizieren wir nach altem parlamentarischen Brauch bei dieser Staatsposition die Amtsführung des Reichslanzlers. Er hat gesagt, wir möchten die Bundesregierungen etwas ernsthaft nehmen. Ich nehme sie sehr ernsthaft; möchte aber um Gegenseitigkeit bitten. Ist es denn ernsthaft, wenn man denen, die die Interpellation unterstützt haben, zufragt, daß sie mit ihr den Sinn verbinden, als ob sie eine Anfrage an die Regierung sei, ob die Reichsregierung auch aus den Zeitungen des Morgens früh beim Kaffe von den Ausweisungsmaßnahmen vernommen habe? Das ist doch nicht der ernsthafteste Sinn der Interpellation, welche vielmehr nur eine Anfrage ist, ob die Regierung in ihrer Verantwortlichkeit sich veranlaßt sah, sich mit der preussischen Maßregel zu beschäftigen, amtliche Kenntnis davon zu nehmen. Auf die Ausweisungsmaßregel selbst einzugehen, behalte ich mir vor bis zur Besprechung der Interpellation. Ich will nur zeigen, zu welchen Mißverständnissen sich der Reichslanzler in seiner Voreingenommenheit gegen unsere Partei hinsetzen ließ. Alle seine Auslegungen gingen davon aus, daß die Unterstützer einer Interpellation mit dem Interpellanten selbst prinzipiell einverstanden seien. Es ist aber eine allhergebrachte parlamentarische Praxis; man unterstützt eine Interpellation, wenn man ihren Gegenstand für der Erörterung und Erwägung würdig hält. Gerade diese „Unterstützung“ soll kennzeichnen, daß man zwar die Debatte wünscht, aber sich den sachlichen Standpunkt durchaus vorbehält. Kann der Reichslanzler etwa bestreiten, daß das Reich das oberste Forum ist für die Beurteilung jener Ausweisungen; daß das Reich die Aufsicht hat über alle völkerechtlichen Maßnahmen der Einzelregierungen? Wollte er das bestreiten, so läge darin ein künstlich herorgezaubertes Partikularismus, der unserer wahrhaft nationalen Entwicklung widerspricht. Daß die Ausweisungen aber eine völkerechtliche Maßnahme sind, beweist die Rede des Grafen Kalmak im österröichischen Landtage über diese Frage. Es finden auch diplomatische Verhandlungen zwischen den Mächten darüber geführt worden; und bei allen solchen diplomatischen Sachen können aus den unscheinbarsten Veranlassungen große und erschütternde Ereignisse entstehen. Jede äußere Angelegenheit hat zum hintersten Hintergrund den Krieg. Wer aber führt in Deutschland Krieg? Geht es einen preussischen, bayrischen, sächsischen Krieg? Die Partikularstaaten können in auswärtigen Dingen keinen Schritt thun, der nicht unter Aufsicht des Reichs steht. Daraus folgt auch unser Recht, solche Maßregeln vor unser Forum zu ziehen; das leugnen zu wollen, ließe den Partikularismus zersörend in die Reichsvereinerung hineintragen. Ich wiederhole, der Reichslanzler hat eine schwere Verantwortlichkeit damit übernommen, daß er im Geiste eines schroffen Partikularismus diese kaiserliche Votschaft provozierte in einer Sache, die noch nicht reif war, das letzte Wort darüber zu sprechen, so daß man sie zum Inhalt der Votschaft nur machen konnte, indem man sich in unerhörter Weise über unsere Rechtsanschauungen und thatsächlichen Voraussetzungen irzte. (Vehabster Beifall links.)

Abg. v. Heildorff: Der Abg. Windthorst ist wenig konsequent verfahren, indem er zuerst die Ablegung der Interpellation beantragte und doch auf ihre weitere Besprechung sofort selbst eingegangen ist. Mit Rücksicht darauf, daß wir ihre Besprechung abgelehnt haben, beschrankte ich mich darauf zu erklären, daß wir die Kompetenz des Reichstags, auf diesem Gebiete jetzt vorzugeben, nicht anerkennen.

Abg. Windthorst: Die Konsequenz ist ganz auf meiner Seite. Hätten wir nur die Allerhöchste Votschaft gebört, so wäre die Sache damit zu Ende gewesen. Der Reichslanzler hat sich aber nicht darauf beschränkt, den Protest vorzulegen, sondern sich außerdem für verpflichtet gehalten, Deduktionen daran zu knüpfen, eine Analyse zu geben und allerlei sehr wenig erfreuliche Bemerkungen anzufügen. Besonders die Zentrumsfraktion hat er dabei sehr stark angegriffen, und da mußte ich unter allen Umständen die sich darbietende Gelegenheit benützen, um gegenüber der Votschaft und den

hinzugefügten Bemerkungen zu sagen, was notwendig ist. Das zu unterlassen, wäre Selbstmord gewesen. Die Kräfte des Reichslanzlers gegen die verschiedenen Parteien, welche die Interpellation der Polen unterstützt haben, haben übrigens offenbar darin ihren Grund, immer von Neuem darauf hinzuweisen, daß die Majorität nicht aus einem Guss ist, um die Majorität selbst zu diskreditiren. Ich denke aber, er wird es uns trotzdem nicht übel nehmen, wenn wir nächsten einmal in wirtschaftlichen Fragen mit den Konservativen und wieder mit den Polen und den elsass-lothringischen Eltsassen gehen. Das wird das auch eine Koalition sein, die so verurteilt wird! Wir werden uns im Landtag wiederfinden, und wenn der Reichslanzler uns in Aussicht gestellt hat, daß er dort noch deutlicher sein wolle, so sage ich, es soll auch bei mir an Deutlichkeit nicht fehlen.

Abg. Winterer (Elsass-Lothringen): Der Herr Reichslanzler hat unter denen, welche die Interpellation der Polen unterstützt hat, auch die elsässischen Protestler genannt. Ich versichere, daß politische Ansichten für uns bei der Unterzeichnung der Interpellation nicht maßgebend gewesen sind, sondern nur Humanitätsgründe und weiter der Umstand, daß wir noch mehr als andere mit dem Ausweisungssystem bekämpft worden sind. Was wir hier gethan haben, werden wir überall wieder thun, wo es sich um ähnliche Maßregeln handelt.

Abg. Marquardsen: Wenn die Interpellation hier zur Besprechung kommt, werden auch meine Freunde nicht verfehlen, ihrerseits Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen. Ich kann mich daher jetzt auf einige allgemeine Bedeutungen beschränken. Herrn Hänel möchte ich bemerken, daß ich im Reichstage denselben Standpunkt einnehme, welcher, den ich jüngst bei der Diskussion des bayrischen Auslieferungsvertrages in der bayrischen Kammer vertreten habe. Ueber diesen Punkt bestehen keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Herrn Hänel. Was dagegen die Materie betrifft, welche Art. 4 der Reichsverfassung berührt, so kann ich mich nicht ohne weiteres seine Deduktionen anschließen. Ich lasse mich jetzt darauf nicht ein, aber wenn die Frage zur Verhandlung kommt, werde ich dieselbe eingehen.

Abg. v. Rosciolski (Polen): Der Reichslanzler hat uns auch heute wieder den Vorwurf der Reichsfeindschaft gemacht. Wir müssen diesen Vorwurf ein für alle Mal auf das Entscheidungsurteil zurückweisen. Die Nothwendigkeit, das politische Element innerhalb des preussischen Staates vollends zu zerstören, ist ja von der preussischen Regierung längst ohne alle Motivierung als Staatsraison hingestellt worden. Es liegt allerdings keinem Zweifel: wir Polen befinden uns und sind in Opposition gegen die preussische Regierung. Das ist diese Regierung alle unsere verbrieften Rechte, alle königlichen Versprechungen gewaltiam weggenommen und unsere Rechte verletzt. (Vizepräsident von Frankfurt a. M.) So lange uns unser Recht nicht wird, werden wir stets mit der preussischen Regierung und dem in Preußen herrschenden System in Opposition befinden. Hier handelt es sich nicht um die Befriedigung allgemeiner Reichsinteressen, sondern um Maßregeln, welche die preussische Regierung sich gegenüber herausnimmt und erlaubt. Ein für alle Mal sei es gesagt: die Polen würden ihre eigenen Bestrebungen verfolgen, wenn sie sich feindlich einem Reich gegenüberstellten, das seine Größe und Macht demjenigen Prinzip verdankt, welches die Polen immer eingetreten sind. Diesen Standpunkt dem Deutschen Reich gegenüber werden wir niemals verlassen, auch dann nicht, wenn die preussische Regierung fortwährend ihre Ausrottungspolitik auf uns weiter anzuwenden würde, wenn die Reichsregierung alle diese Befehreibungen zulassen sollte. Denn wir würden es für unchristlich und unedel halten, ein ganzes Volk das entgelten zu lassen, was dessen Regierung an uns verbrochen hat. (Beifall bei den Polen.) Die Vergegenwärtigung ist leider einzig und allein von der preussischen Regierung ausgegangen. Die Polen sind zwar auch im Inlande schweren Prüfungen ausgesetzt gewesen, in Preußen ist es ihnen aber am schlimmsten ergangen. Ich halte die gegen Ausweisungsmäßregel für inhuman.

Staatssekretär v. Boetticher: Der Vordredner hat von gesprochen, daß die preussische Regierung verbrieft und heilige Rechte ihrer polnischen Unterthanen unterfüllt gelassen habe, daß sie solche Rechte verletzt habe. Ich bin dem Herrn Vordredner für die dafür erteilte Rüge dankbar, aber ich muß außerdem noch gegen einzelne andere Bemerkungen des Vordredners Verwahrung einlegen. Wenn er davon gesprochen hat, daß die preussische Regierung sich Maßregeln gegen uns „erlaubt“ hat und „herausnimmt“, daß sie den Polen über Ausrottungspolitik treibt (Zustimmung bei den Polen), wenn er ferner sagt, die Polen wollten das deutsche Volk unter entgelten lassen, was eine einzelne Regierung verbrochen, so weiter, daß die preussische Regierung zuerst die Nationalitätenvergewaltigt habe, so sind diese Beschuldigungen nicht nur unweisklos hingestellt, sondern auch so ungerichtet wie nur irgend möglich. Wenn der Vordredner schließlich den Vorwurf der Reichsfeindschaft von sich abwälzt und angeführt hat, daß er weit davon entfernt sei, gegen das junge Deutsche Reich sich selbstig gefügigt zu sein, so würde ich mich sehr freuen, wenn dafür Beweise beibrächte, und durch die That gemeinsam mit seinen Landsleuten unsere Vermuthung, für deren Überzeugung wir bis jetzt allerdings nichts gesehen haben, befestigte. (Beifall rechts.)

Abg. Edel: Meine Partei ist wie kaum eine andere eine verfolgte Partei, und deshalb haben wir ein Mißgeföhler und einer anderen verfolgten Partei und haben diese Interpellation mitunterzeichnet. Wir glauben, daß diese preussische Maßregel den Polen das größte Unrecht gethan hat. Auch ich glaube mit dem Abg. Hänel, daß der Reichstag vollständig kompetent ist, in dieser Frage Stellung zu nehmen, und ich hoffe, daß uns auch für kompetent erachten, die uns heute von Seite des Reichslanzlers und von höherer Stelle gemachten Einwendungen gegen unsere Kompetenz auf das Allerentschiedenste zurückweisen. Ich möchte deshalb den Abg. Windthorst bitten, (warnen) aus dessen Rede schien mir: so etwas heranzustellen, nämlich die Angelegenheit im preussischen Landtage kompetent, den Herrn damit würde er den Standpunkt strikter Kompetenz, den er in seiner ersten Rede betonte, verlassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach den bestehenden völkerechtlichen Bestimmungen die Staaten das Recht haben, ihnen unangenehme Fremde auszuweisen. Hier ist es aber die Unmöglichkeit der Ausweisung und der Umstand, daß diese zu internationalen Verwickelungen führen können, welche uns die Pflicht auferlegt, Stellung zu nehmen zu dieser barbarischen Maßregel der preussischen Regierung. Welche Bitterung rief nicht die Ausweisung der Deutschen im Jahre 1870 hervor. Damals handelte es sich aber um eine Maßregel im Kriege zur Sicherheit des Landes. Jetzt befinden wir uns mitten im Frieden mit unzeren östlichen Nachbarn, und obendrein möchte ich hier noch darauf hinweisen, daß der Reichslanzler eine Inkonsequenz bezugnehm, wie sie ihm noch noch nicht vorgekommen. Gist verliert er eine kaiserliche Votschaft und lehnt es entschieden ab, die Interpellation zu besprechen. Als dennoch der Versuch gemacht wird, die Interpellation zu besprechen, steht er auffällig provozirend auf, und den Herren vom Bundesratshörsaal einen Bismarck vorzusetzen, mit ihnen den Saal. Nachdem er aber gehört, daß dem Reichstag den Gegenstand beim nächsten Punkt der Tagesordnung erörtert, kommt er wieder und läßt sich auf eine Verantwortung derselben Sache ein, deren Beantwortung er vorher abgelehnt. Er muß wohl selbst geföhlt haben, auf welchem unsicherem Boden er sich bewegte.

Abg. Jazdzewski behält sich den Antrag vor, die

Stimmen
der
Bahl
und
Reda
mähre
schule,
partei,
Land-
Stimm
741
heiter
23.
656
(lib.
35
schule
476
Grem
67.
Stim
landi
2 St
und
Gärt
lokal
heut
Blau
Lay
No
Be
ga
Ga
dah
wä
neb
bes
So
nen
Bek
Qu

Erklärung seiner Interpellation auf die Tagesordnung von morgen zu legen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Titel bewilligt, bezuglich der Etat der Reichskasse.

Beim Etat des Reichsamts des Innern, Tit. 1, Staatssekretär, fragt

Abg. v. Duol, ob die Reichsregierung gewillt sei, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen den vielfachen berechtigten Beschwerden über einen mangelhaften Schutz des Gewerbegeheimnisses abgeholfen werden solle.

Staatssekretär v. Boetticher: Was die erste Angelegenheit betrifft, ob ein gesetzlicher Schutz des Gewerbegeheimnisses in Aussicht genommen sei, so hat in dieser Beziehung die Verwaltung schon vor längerer Zeit ein Rundschreiben an die Bundesregierungen gerichtet, in welcher diese Frage ihrer Erwägung empfohlen und Aufseherungen darüber erbeten werden, ob ein Bedürfnis für eine strafgesetzliche Bestimmung zum Schutz des Gewerbegeheimnisses anzuerkennen sei.

Der Titel wird bewilligt; die übrigen bis Titel 6 werden nicht beanstandet.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Präsident v. Wedell: Prieddorf legt verschiedene Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, darunter als letzten den des Abg. v. Köller wegen Pensionierung von Reichsbeamten.

Abg. Kieritz bittet, diesen Antrag an die erste Stelle zu legen und gleich die erste und zweite Lesung für morgen in Aussicht zu nehmen und ersucht diejenigen Mitglieder, deren Anträge vor v. Köllers Prioritätsrechte gebühren, zu Gunsten dieses letzteren zurückzutreten.

Die einzelnen Abgeordneten, deren Anträge die Priorität vor v. Köllers besitzen, erklären sich mit dieser Maßnahme einverstanden. Der Antrag v. Köller kommt also an die erste Stelle der Tagesordnung.

Abg. v. Jazdzewski behält sich vor, an einem der nächsten Tage die Besprechung der heute von der Tagesordnung abgesetzten Interpellation für die nächste Sitzung zu beantragen.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Antrag v. Köller, Antrag der Po'en, betr. die Gerichtsprache, und sozialdemokratischer Antrag, betr. Arbeiterschutz, nebst den anderen darauf bezüglichen Anträgen der Abg. Nieber, Fize und Lohren.)

Kommunales.

Die Stichwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung finden, wie die Wahlvorstände bekannt machen, am Dienstag, den 16. Dezember, in der Zeit von 9 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends statt.

8. Wahlbezirk zwischen Kaufmann Vortmann (liberal, 762 Stimmen) und Stadts. Videnbach (Würger, Partei, 749 Stimmen). Der Arbeiterkandidat, Tischler Köste, erhielt nach der amtlichen Feststellung 264, Herr Köthenke 23 Stimmen. Wahllokal: 99. Gemeindefchule, Steinmeßstr. 79.

10. Wahlbezirk zwischen Kaufmann Reger (B.P., 502 St.) und Rentier Mühlberger (lib., 434 St.). Der Arbeiterkandidat, Medailleur Kromm, erhielt 359, Stadts. Scheiding 95 St., während 15 St. zerplittert waren. Wahllokal: 60. Gemeindefchule, Fährbringerstr. 33/34.

25. Wahlbezirk zwischen Schlossermeister Franke (Arbeiterpartei, 298 St.) und Stadts. Kramp (B.P., 333 St.). Der Kandidat der Liberalen, Stadts. Dr. Gröfenberg, erhielt 200 Stimmen. Wahllokal: 87. Gemeindefchule, Remelerstr. 24/25.

26. Wahlbezirk zwischen Stadts. Vimprecht (B.P., 741 St.) und Fabrikdirektor Köhler (lib., 524 St.). Der Arbeiterkandidat, Tischler Voigt erhielt 447 St. Wahllokal: 23. Gemeindefchule, Straußbergerstr. 9.

32. Wahlbezirk zwischen Rechtsanwalt Hoffmann (B.P., 656 St.) und Obermeister der Strumpfwirker-Innung Fleischer (lib., 637 St.). Der Arbeiterkandidat, Gelbgießer Schulz, erhielt 354 St. zerplittert 1 St. Wahllokal: 153/154. Gemeindefchule, Behndemackerstr. 17/18.

34. Wahlbezirk zwischen Bergolder Böhl (Arbeiterpartei, 476 Stimmen) und Kaufmann Hellriegel (lib., 501 St.). Abg. Gremer (B.P.) erhielt 389 St., zerplittert 3 St. Wahllokal: 67. Gemeindefchule, Aderstraße 23.

38. Wahlbezirk zwischen Eigentümer Bluth (lib., 421 Stimmen) und Stadts. Wallisch (B.P., 403 St.). Der Arbeiterkandidat, Klempnermeister Kojahn, erhielt 136 St., zerplittert 2 St. Wahllokal: 14. Gemeindefchule, Kesselfstr. 34.

40. Wahlbezirk zwischen Stadts. Gerde (lib., 776 St.) und Kaufmann Müller (B.P., 772 St.). Der Arbeiterkandidat, Bäcker Ballmüller, erhielt 237 St., zerplittert 2 St. Wahllokal: 113. Gemeindefchule, Thurmstr. 83.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält in dieser Woche keine Sitzung ab.

Lokales.

Das „Berliner Tageblatt“ beehrt uns in seiner heutigen Nummer mit einem der Ausfälle, die uns bei diesem Blatt nicht in Erfahrung setzen, von dem wir sonst überhaupt schwerlich Notiz genommen hätten, da bekanntlich derartige Auswüchse schon von Alters her zu den Märgen des „Berliner Tagesblattes“ gehören.

Weise zu illustrieren. Außerdem ist es uns nicht ganz unbekannt, woher diese Bräuterei eigentlich stammt. Wer die Ehrlichkeit besitzt, gegen gewisse Elemente und Institute, die vom „Berliner Tageblatt“ in widerlicher Weise protegiert werden, zu opponieren, wird herabgerissen und verdammt; das imponiert uns aber in keiner Weise.

ar. Die Volkszählung fördert manche humoristischen Blüten zu Tage. Ein Mann hatte in der Rubrik „Familienstand“ die drei Worte „verheiratet“, „verwitwet“ und „geschieden“ sämmtlich unterstrichen und, als ihn der Zähler darüber interpellirte, erklärte er: „Das ist doch ganz richtig; eine Frau hatte ich, von der bin ich geschieden; die zweite ist mir vor anderthalb Jahren gestorben, und nun verjuch' ich es eben mit der dritten!“

Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse. Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der Zeit vom 14. bis 21. November von je 1000 Einwohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 22,4, in Breslau 24,5, in Königsberg 58,4, in Köln 22,0, in Frankfurt a. M. 16,5, in Hannover 15,5, in Kassel 22,6, in Magdeburg 23,9, in Stettin 26,5, in Altona 28,5, in Straßburg 18,4, in Reg. 14,1, in München 23,4, in Nürnberg 21,8, in Augsburg 25,0, in Dresden 23,7, in Leipzig 14,8, in Stuttgart 19,2, in Karlsruhe 17,3, in Braunschweig 24,3, in Hamburg 30,5, in Wien 23,4, in Budapest 27,0, in Prag 30,7, in Triest 26,3, in Krakau 22,8, in Basel 14,3, in Brüssel 30,8, in Amsterdam —, in Paris 21,9, in London 19,9, in Glasgow 26,8, in Liverpool 21,5, in Dublin 30,3, in Edinburgh 18,9, in Kopenhagen 21,0, in Stockholm 22,6, in Christiania 25,2, in Petersburg 23,8, in Warschau 26,8, in Odessa 34,5, in Rom 22,0, in Turin 24,0, in Bulgarest —, in Madrid —, in Alexandrien —. Ferner in der Zeit vom 25. bis 21. Oktober: in New-York 21,9, in Philadelphia 18,0, in San Francisco —, in Baltimore 18,9, in Kollutta —, in Bombay 24,2, in Madras 33,7.

ste in Altona, Daimen, Berlin, Breslau, Dresden, Kassel, Königsberg, Stuttgart, Brüssel, Christiania, Paris, Warschau u. a. eine größere wurde; auch im Regierungsbezirk Schleswig waren Erkrankungen an Diphtherie sehr zahlreich.

Die Volkszählung in der königlichen Charitee bot ein besonderes Interesse und hatte, wie die „Post“ mittheilt, den ganzen komplizirten Beamten-Apparat in Bewegung gesetzt.

g. Zu einer außergewöhnlichen Leistung wurde gestern Abend wieder einmal die Feuerwehr herangezogen. Das Pferd eines Arbeitsmagazins trat auf dem Grundstück Markgrafenstraße 9, auf welchem ein Neubau aufgeführt wird, schlief und stürzte in eine dort befindliche tiefe Baugrube hinein.

Bei Herboität des Kopfes, entstanden aus geistiger Ueberanstrengung, ist, wie uns aus unsemem Leserkreis mitgeteilt wird, ein billiges Heilmittel die gepulverte Wurzel des Beifuß (Radix artemisiae pulvis).

Mittheilungen über die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin. Im Monat Oktober d. J. fanden 2312 Eheschließungen statt. Bei 2037 Eheschließungen waren Mann und Frau gleicher Konfession, und zwar waren 1935 evangelische, 51 katholische, 51 mosaische Paare.

Wie gefährlich es ist, den sogenannten Hängeboden ohne besondere Vorsicht als Lagerstätte zu benutzen, erfährt vor kurzem der 15jährige Sohn der Wittwe Prof. Gartenstr. 152.

erst außergewöhnlich spät und übermüdet zur Ruhe gekommen. Mitten in der Nacht erwacht er aus einem lebhaften Traume, schlaftrunken wälzt er sich unvorsichtig auf seinem Lager und stürzt herab auf den harten Fußboden. Eine lebensgefährliche Gehirnerschütterung, sowie der Bruch des rechten Handgelenks war die betrübende Folge des Falles.

ar. Ein bekannter hiesiger Lederwarenfabrikant, der eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit in 13 Fällen verdächtig sein soll, ist dieser Tage von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Die Untersuchung ist im Gange, und es hat auch bereits die Vernehmung einer Zahl von Arbeiterinnen stattgefunden. Der Angeeschuldigte ist im Besitze einer jungen, blühenden Frau und dreier Kinder. In geschäftlichen Kreisen erregt die Verhaftung des sonst angesehenen Mannes allgemeines Aufsehen und Befremden.

Polizei-Bericht. Am 30. v. Mts., Vormittags, brach in einer Küche Langestraße Nr. 23, wahrscheinlich in Folge der Ueberlastung durch Küchengeräth, der Rahmen des Rauchfangs plötzlich heraus und fiel einer gerade an der Rechmaschine stehenden Frau auf den Kopf. Letztere erlitt hierbei Verletzungen über dem Auge und am Arm. — An demselben Tage, Nachmittags, stieß die 4 Jahre alte Tochter des Tischlers Bräuer, Grünauerstraße Nr. 11 wohnhaft, gegen einen Tisch, so daß die auf demselben stehende brennende Lampe herunterfiel und das brennende Petroleum sich über die Dielen ergoß. Das Kind fiel dabei in die Flamme und erlitt dadurch so schwere Brandwunden, daß es nach Bethanien gebracht werden mußte. Die zur Hilfe eilende Mutter desselben und eine am Boden stehende jüngere Schwester wurden ebenfalls von den Flammen erreicht und erlitten einige leichte Verletzungen. Das entstandene Feuer konnte durch Hausbewohner gelöscht werden, bevor es weiter um sich griff.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die wirtschaftlichen Zustände im Königreich Sachsen verschlechtern sich besonders in der Textilindustrie sehr. So läßt sich die Wolle-Ita. schreiben, daß im Voigtlande zahlreiche Besitzer von Spinnmaschinen dieselben abgebrochen und die bisher zur Arbeit benutzten Räume zu Wohnungen eingerichtet haben. Doch bei diesem Verfahren steht man, daß die Besitzer die Hoffnung auf sogenannte „bessere Zeiten“ noch nicht ganz aufgegeben haben. Dagegen haben mehrere kleine Meister in Blauen sich vereinigt und sechzehn Spinnmaschinen nach Polen verkauft. Das ist natürlich der reine Verzweigungsschritt. Weh genug mag's freilich den Leuten gehen haben, aber es war kein anderer Ausweg, und nun müssen die bis dahin selbstständigen Meister wohl oder übel als Lohnarbeiter sich Stelle suchen. — Die große „Sächsische Kammerzinnspinnerei“ zu Hartau hat verschiedene andere Etablissements aufgefördert, von Neujahr an eine Arbeitsverminderung eintreten zu lassen, um sich vor allzu großer Ueberproduktion und vor Schleuderpreisen zu schützen. Das aber wird, wenigstens für den Winter, unendlich große Noth unter den Arbeitern geben, obgleich man prinzipiell nichts gegen eine solche Konvention haben kann. Nur geben derartige Konventionen meist in die Brüche, sie scheitern an der schwachen Kapitalkraft einzelner Mittheilhaber, oder an dem Drange derselben, die Situation für sich allein ausbeuten zu wollen.

Ueber die Ruhepause in der Nacht, welche Einrichtung die Neufabrik in Isehoe bei ihren Arbeiterinnen „aus Humanitätsgefühl“ getroffen haben soll und der wir schon gebührend gedacht haben, schreibt der Direktor eines größeren Etablissements an die „Wochenschrift für Spinnerei und Weberei“ folgendes: Die einundhalbstündige Ruhepause will in solchen Fällen gar nicht viel heilgen. Im Gegentheil wird Jedermann, der schon mit „Nachdurscharbeiten“ beunruhigt worden ist, wissen, daß, wenn er mitunter Gelegenheit hatte, in dieser Zeit ein Weilschen schlummern zu können, nach dem Wiederaufwachen ihm die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutend schwerer fiel, als wenn er durch die fortgesetzte Anstrengung munter erhalten wurde. Wo beide Geschlechter zusammen arbeiten müssen, ist übrigens auch noch gerade eine solche Ruhepause sehr geeignet, zu Verstößen gegen die Sittlichkeit Veranlassung zu geben. Aber auch außerdem ist bei der Nacharbeit hierfür stets Gefahr vorhanden. „Nachdurscharbeit“ ist und bleibt ohnedem eine Plage für die betreffenden Arbeiter, in welcher Gefahr sie auch vorkommen möge! Sie spottet einem der werthvollsten Naturgesetze! Selbst die Nacharbeit mit darauf folgender Tagesruhe (also bei Verwendung von doppelten Leuten bei ununterbrochener Arbeit) verdient kein besseres Urtheil. Der Tages Schlaf kann die Nachtrube dem Menschen nie ersetzen, schon deshalb nicht, weil man in Folge des Tagesgewühls nie die gleiche Stundenzahl zum Schlafen benutzen wird. Die Nacht allein ist dazu da, dem geplagten Menschen die richtige Erholung zu geben. — Die Nacharbeit, diese Menschenkraft tödende Seuche, sollte aus diesen Gründen, wenigstens für alle Betriebe, die ohne Schädigung der zur Fabrikation bedingten Materialien unterbrochen werden können, gänzlich verboten werden. Wenn es möglich wäre, dürfte man nur den gleichen Menschen, der etwa ein Jahr lang Nachtschicht hat arbeiten müssen, seiner eigenen nur bei der gewöhnlichen Tagesarbeitszeit beschäftigt gewesen Person gegenüber stellen und man würde sicherlich darüber erschrecken, welche schlaffen, abgebrauchten Aussehen der erstere dem letzteren gegenüber zeigt. Die Geschäfte, welche die ausgedehnteste Nacharbeit betreiben, sind es auch gewöhnlich, die den humaner gestimmten Fabrikbesitzern durch Herabdrückung der Preise für die Fabrikate die größte Konkurrenz verursachen und schon dieserhalb wäre ein strenges Verbot gegen die Nacharbeit am Platze. — Ich selbst habe in früheren Jahren schon eine Zeitlang Nachtschicht mit darauffolgender Tagesruhe gehabt, bin schon öfters mehrere Wochen lang ohne Unterbrechung täglich 15—18 Stunden beschäftigt gewesen und habe eine Stellung eingenommen, wo ich verpflichtet war, sehr oft auf die sechs Tage der Woche vertheilt, zwei Mal 36 Stunden nacheinander, nur mit Unterbrechung von kurzen Offenspausen, arbeiten zu müssen und noch dazu in kalten, zugenigten Lokalen (direkt neben dem Wasserrad), ohne die anderen Tage ruhen zu können, welche dann am liebsten auch noch durch Ueberstunden verfrüht wurden, ohne selbst am Sonntag Ruhe zu haben, so daß ich meiner Gesundheit zu Liebe mich gezwungen sah, bei Gelegenheit die Stelle zu verlassen! Ich habe demnach alle Leiden und Folgen der Nacharbeit durchzulassen gehabt und den Unterschied dieser gegenüber der Arbeit des Tages kennen gelernt, und glaube daher in dieser Sache zu einem Urtheil voll berechtigt zu sein. — Bravo! Das sind wahre Worte, die der weitesten Verbreitung empfohlen werden können.

Der Streik der Klempner und Gasarbeiter in London ist nach mehr als viermonatlicher Dauer beendet worden, nachdem die Meister und Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Vom 25. November ist ein achtstündiger Arbeitstag bei einer Lohnhöhung von 5 Pence täglich eingeführt worden. Der Streik hat allerdings viel Unterstützungsgelder verschlungen, doch sind dieselben durch den glänzenden Sieg schon verschmerzt.

Den größten Buchdrucker und Verleger der Welt stellt die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika dar. Die Zahl der in der Regierungsdruckerei hergestellten Publikationen beläuft sich jährlich auf 2 1/2 Millionen, von denen 1/2 Million gebundene Bücher vorstellen.

Vereine und Versammlungen.

hr. Die Arbeiter (Schneider) auf antik geschnittene Holzleisten hielten am Montag Alexanderstr. 31 behufs Besprechung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in ihrer Branche und behufs Wahl einer Lohnkommission eine öffentliche Versammlung ab. Zum Leiter der Verhandlungen wurde der Vorsitzende des vor etwa drei Wochen gegründeten „Fachvereins der Antikschneider auf Holzleisten“, Herr Behnisch, gewählt. Derselbe begründete im Hinweife auf eine Lohnreduktion, die in der Stichbahn'schen Fabrik angekündigt worden ist, den Antrag auf Wahl einer Lohnkommission, die ungerichtet fertigen Lohnreduktion entgegenzutreten und auf Abschaffung der Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit hinzuwirken soll. Außerdem beantragte er, daß, wenn in einer der betreffenden Fabriken der von der Lohnreduktion betroffene Theil der Arbeiter sich veranlaßt findet, die Arbeit niederzulegen, auch die anderen Arbeiter die Arbeit niederzulegen verpflichtet sein sollen. Dieser Antrag wurde nach sehr langen Debatten abgelehnt; der Antrag auf Wahl einer Lohnkommission wurde mit einer Majorität von etwa zwei Dritteln der Stimmen angenommen. Die Mitgliederzahl der Lohnkommission wurde auf 5 festgesetzt und dann die Wahl in der Weise vollzogen, daß eine jede der 4 in Berlin bestehenden Fabriken für antik geschnittene Holzleisten in der Lohnkommission vertreten ist — die Stichbahn'sche durch 2 Mitglieder, die Behnisch'sche, die Meier'sche und die Eggers'sche durch je 1 Mitglied. Der wöchentlich von jedem Kollegen zu zahlende Beitrag zum Streiffonds wurde auf 30 Pf. festgesetzt.

Fachverein der Tischler. Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Keller's Lokal, Bergstr. 68. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Reikner über: Submissionswesen. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste willkommen. Am Montag, den 7. Dezember, findet eine außerordentliche Generalversammlung in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28, statt. Die diesjährige Weihnachtsfeier des Vereins findet am 1. Weihnachtstage in Keller's Gesellschafts-salon, Andreassstr. 21, statt. Biletts werden in der Generalversammlung ausgegeben.

Arbeiter-Bezirksverein „Süd-Ost“. Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Urania“, Brangelstraße 9 und 10. T. D.: 1. Vortrag des Herrn Gebrisch über: „Der Soldatenhandel des vorigen Jahrhunderts“. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Letzter Termin zur Abfertigung der Petitionskisten. Die Mitglieder werden auf § 5 Absatz d des Vereinsstatuts aufmerksam gemacht.

Öffentliche Versammlung sämtlicher Metallschrauben-, Fagondreher und Berufsgenossen Berlins. Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Woblhaupt, Rantewulfstraße 9. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den Verlauf des Streiks in der Stelmeyer'schen Fabrik. 2. Wie verhalten sich die Kollegen bei einer etwa eintretenden Arbeits-einstellung?

Männergesangsverein „Norddeutsche Schleiße“. Jeden Mittwoch Abend Übungsstunde im Theater-Restaurant, Dresdenerstr. 71—72.

Gesangsverein „Glückauf“. Jeden Mittwoch Abend im Restaurant, Schönsteinsegergasse 1, Übungsstunde.

Vermischtes.

Eine Wundergeschichte. In einem der Rehrunnels der Gottbardbahn hatte sich letzter Tage ein Eisenbahnwärter auf die Schienen gesetzt, um auszurufen. Vor Ermüdung schlief er ein. Da brauste der Schnellzug heran, dessen Maschine den schlafenden erfasste und eine Strecke weit fort schleifte. Wie erzählt wird, kam durch einen wunderbaren Zufall die angehängte Last des Unglücklichen unter ein Rad der Maschine, so daß die in der Last befindlichen Petroleumkanister, welche bellantlich in den Lunnels als Signaleisen benutzt werden, platzten, worauf der Lokomotivführer den Zug zum Stehen brachte. Da kein Bahnwärter im Rehrunnel erschien, vermuthete man sogleich ein Unglück. Nach langem Suchen fand man den armen Wärter unter der Maschine noch lebend. Der in Haido herbeigerufene Arzt erklärte, es sei gar kein Glied gebrochen, und außer einem Wund im Fuße und einigen starken Kontusionen an der Schulter habe der Mann gar keine Verletzungen, befände sich also außer jeder Lebensgefahr. Es muß fast als ein Wunder bezeichnet werden, daß der Bahnwärter von der Maschine nicht sofort jermalmt wurde.

Die schöne Sitte, ungetreuen Liebhabern oder glücklicheren Schwefelern in der Kunst Männer zu fischen, Vitriolflaschen ins Gesicht zu schütten und so sich durch Beschandlungen fremder Vorgesetzten zu rächen, scheint auch in München sich einführen zu wollen. So machte eine Tochter Coa's, Besitzerin mehrerer augereicherter Kinder, so von einem Treulosen verlassen worden war, am Samstag an den Stufen der Peterskirche einen solchen Versuch auf die schönere Hälfte eines ansehenden Brautpaars, das sich mit Noth ins Standesamt flüchten konnte. Ein Gendarm legte sich ins Mittel, indem er die grausame Attentionen arrethirte.

Zu Tode gezeichnet. In voriger Woche ist in Gette in Frankreich eine junge, bildhäßliche und talentvolle Schauspielerin, Mademoiselle Marie Bisson, von dem rücksichtslosen und den wahren Sachverhalt nicht ahnenden Publikum in volstem Sinne des Wortes zu Tode gezeichnet worden. Mlle. Bisson, ein Mädchen von 23 Jahren, hatte aus Besorgniß, daß ihr eine gute, große Rolle abgenommen und ihrer Rivalin übertragen werden möchte, trotz eines sehr starken Unwohlseins erkrankt, auf alle Fälle am Abend die Rolle spielen zu wollen. Sie that es auch, war aber auf der Bühne vor Aufregung und körperlicher Schwäche kaum im Stande, ein Wort hervorzubringen. Das Publikum, welches glaubte, daß sie ihre Rolle schlecht memorirt hatte, und von den Freunden und Anhängern jener Heidenbuhlerin in dieser Annahme noch bestärkt wurde, fing laut zu lärmern und zu pfeifen und die unglückliche Schauspielerin mit den Zeichen seines Mißfallens zu überhäufen an, daß die Vorstellung nur mit Mühe zu Ende geführt werden konnte. Halb wahnsinnig vor Scham und Schmerz kam Mademoiselle Bisson nach Hause, legte sich zu Bette und war Tags darauf eine Leiche; ein Gehirnschlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht.

Die Karren werden nicht alle. Aus London schreibt man der „Frankf. Bg.“: Einer der reichsten Privatiers der Stadt wandte sich vor einigen Monaten an Mme. Tissand mit der Anfrage, was er ihr zu zahlen habe, wenn sie seine Person unter den anderen Bekämpfenden ihres Wachsfiguren-Kabinetts aufstelle. Mme. Tissand sagte, die Sache habe bedeutende Schwierigkeiten; ihre Sammlung enthalte Kürstlichkeiten, große Dichter, Künstler, Generale, Räuber und Räuber, aber zu all diesen gehöre Mr. Smith nicht, und sie wisse nicht, wie der Führer ihn den Gästen präsentiren könne. Die Unterhandlungen zogen sich bedeutend in die Länge, vor einigen Tagen endlich kam Mr. Smith triumphirend ins Wachsfiguren-Kabinet und sagte der Inhaberin: „Gurela, lassen Sie meine Figur aufstellen, hier haben Sie einen Obed auf fünftausend Pfund Sterling, und wenn die Besucher bei mir anlangen, sagen Sie: Hier ist die getreue Kopie eines Mannes, der ein Einrittsgehalt, das ein Vermögen beträgt, gehabt, um in die wächserne Gesellschaft aufgenommen zu werden.“ Natürlich

akzeptirte Mme. Tissand und an Mr. Smith's Ebenbild wird nun fleißig gearbeitet.

Kleine Mittheilungen.

Halle, 30. November. (Berunglückte Arbeiter.) Auf dem neuen Anbau der Schleudiger Malsfabrik verunglückten am 26. d. M. mehrere Arbeiter dadurch, indem sie von einer provisorischen Auffahrt mit einem dem Transportwagen, der dem Rande zu nahe kam, in die Tiefe stürzten. Fast alle Hinabgestürzten sind schwer verletzt und befinden sich in ärztlicher Behandlung. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Mainz, 30. November. Der des Doppelmordes beschuldigte Schuhmacher Herbst versuchte, wie die „Frankf. Bg.“ mittheilt, heute Nacht sich durch ein geschärftes Blech lößels die Pulsadern zu durchschneiden, verfehlte aber die richtige Stelle. Er erlitt starken Blutverlust. Eine ständige Ueberwachung Herbst's ist jetzt angeordnet.

Wiesbaden, 25. November. Gegen einen wüthenden Hirsch mußte sich dieser Tage der hier stationirte Landbriefträger Schmidt auf Leben und Tod vertheidigen. Als der Briefträger die Treppener Treppe zu passiren hatte, stellte sich ihm ein an einem Hinterfuß krank geschossener mächtiger Hirsch entgegen und suchte, nach dem Berichte des „Telower Anzeiger“, ihn mit seinem Beweiß zu Boden zu werfen. Nur der Heldenkraft und der Gewandtheit des Schmidt, der sich fest an das Beweiß anklammerte und dasselbe nicht losließ, obgleich er wenigstens ein Duzend mal zu Falle kam, und dem Umstand, daß die Kämpfer von der Landstraße in den Wald gerieten, verdankt der angegriffene Schmidt vielleicht sein Leben. Denn hier fand er Gelegenheit, eine junge Kiefer zu erklettern und sich so aus dem Bereiche des wüthenden Thieres zu halten. Bei dem Kampfe war die Landbriefträgerkassette ausgegangen und der Inhalt, bestehend in Briefen, Postwerthe, Formulare und einem Beutel mit baarem Gelde, lag zerstreut auf der Landstraße umher, doch wurde alles schnell wieder gesunden und ist, abgesehen von einigen zerrißnen Kleiderstücken und einigen Hautabschürfungen, der Briefträger noch unverfehrt davongekommen. Einige Tage später ist dasselbe Thier in ein zu Schöneiche gehöriges Gehöft eingedrungen und hat auch dort die Bewohner nicht wenig belästigt und angegriffen.

Aus der Provinz Sachsen, 30. November. (Aus Steuern.) Zu den wenigen glücklichen Orten, an denen die Bürger keine Steuern zu zahlen haben, vielmehr noch etwas aus dem Stadtvermögen erhalten, gehörte — nach der „Post“ geschrieben wird — bisher Keldra am Rappin. Kommunalsteuern wurden bisher dort nicht erhoben. Vielmehr erhielten die Besitzer alter Häuser aus den Erträgen des städtischen Eigenthums „Subsidien“ pro Antheil ca. 30 Mark ausgezahlt. Die Ausgaben der Stadtverwaltung haben inbezug auf die Einnahmen um einige Tausend Mark überschritten, zu deren Deckung im Sommer d. J. eine Hundsteuer von 6 Mk. pro Hund eingeführt wurde. Dieser ist jetzt eine weitere Abgabe, eine Vermögenssteuer, von Konzerten, Ballen etc., hinzuzutreten, und das dies nicht hinlänglich zu sein scheint, handelt es sich jetzt darum, das Kuprieth-Vermögen anzugreifen oder Schulden zu erheben.

Wien, 30. November. (Eisenbahn-Unfall.) Die Nordwestbahn theilt mit: Von dem Kurierzuge Berlin-Wien, welcher heute früh hier eintreffen sollte, ist infolge einer Zusammenstoßung zwischen Wiese und Branz aus die Wiese mit dem Tender entgleist, wodurch der Tender und der Postwagen beschädigt wurden. Der Postkondukteur wurde leicht verletzt, sonst sind sämtliche Passagiere unverletzt. Ein Hilfszug bringt dieselben mit mehrerer Verspätung nach Wien.

Briefkasten der Redaktion.

F. K. Soll verwendet werden. Besten Dank.
D. R. 2. Wenden Sie sich an die Direktion der Preussischen Berliner Pferdeisenbahn-Gesellschaft, diese wird Ihnen die besten Auskünfte geben können.
M. D. 1) Ja. — 2) Nehmen Sie einen Rechtsanwältigen.
Dr. 200. Bereits erledigt.

Die Nr. 23 der humoristischen Blätter

„Der wahre Jacob“

ist erschienen und in der Exped. des „Berl. Volksbl.“ zu haben.

Selbstunterricht

in der
einfachen und doppelten kaufmännischen
Buchführung

und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems
zur
doppelten Buchmethode

von
C. Schmidt, Lehrer d. Handelswissenschaften

Preis Mk. 1,50.

Bu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“,
Zimmerstraße 44.

Durch die Expedition, Zimmerstraße 44, ist zu beziehen: Der im Verlage von Wörlein u. Komp. soeben erschienene

Deutsche Handwerker- und Arbeiter- Notiz-Kalender für das Jahr 1886

Der Kalender ist inhaltlich wiederum bedeutend vermehrt worden. Außer den bisher schon darin enthaltenen Tabellen, Tarifen und Gesetzen (als Krankenversicherungsgesetz mit Nachtrag vom 28. Januar 1885, Unfallversicherungsgesetz mit Novelle vom 1. Juni 1884 etc.) sind neu beigelegt: Das Gesetz über die Freizügigkeit, das Gesetz betr. das Urheberrecht an Kunst- und Modellen, Gesetz über Markenrecht. Im Geschäftskalender sind die in der neuesten Zeit eingetretenen Ereignisse nochgetragen. Der Kalender, mit Schreibpapier und Papier für Tagesnotizen ausgestattet, kostet nur

50 Pfennig.

Auf vielfachen Wunsch ist eine stärkere Ausgabe mit mehr Schreibpapier und besserem Einband angefertigt, von der das Exemplar zu 70 Pfennig abgegeben wird.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.